

Marxistisch-leninistische Theorie und revolutionäre Praxis  
Schriftenreihe der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)  
Landesorganisation Berlin

# Konsequent

---

Ausgabe 1/2019

Spendenempfehlung: 2 Euro

---

Gerhard Feldbauer

## Die Stunde der Opportunisten

Gregor Gysi griff 1989/90 die Liquidierung  
der italienischen PCI als Modell für seine  
PDS auf

Gerhard Feldbauer

# Die Stunde der Opportunisten

Gregor Gysi griff 1989/90 die Liquidierung der  
italienischen PCI als Modell für seine PDS auf

Impressum:  
Konsequent 2/2013  
ISSN 2196-5986  
DKP Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
Barbara Majd-Amin (V.i.S.d.P.)  
Druck: Eigendruck  
[www.dkp-berlin.info](http://www.dkp-berlin.info)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort des Herausgebers</b>	<b>6</b>
<b>1 Das opportunistische Drama in Italien</b>	<b>8</b>
<b>2 Warum Gregor Gysi nach Rom eilte</b>	<b>12</b>
<b>3 Parteigänger in der DKP</b>	<b>14</b>
<b>4 Hans Modrows „Deutschland einig Vaterland“</b>	<b>15</b>
<b>5 Gorbatschow, ein Verräter ohne Gleichen</b>	<b>16</b>
<b>6 „Offen wie ein Scheunentor“</b>	<b>19</b>
<b>7 CIA-General Walters übernimmt Kommando</b>	<b>22</b>
<b>8 Selbstzerfleischung</b>	<b>25</b>
<b>9 Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion</b>	<b>29</b>
<b>10 Bisky: Ein waschechter Opportunist</b>	<b>32</b>
<b>11 Markus Wolf: in den Grauzonen des Selbstverrats und mithin des Verrats</b>	<b>33</b>
<b>12 Die verratene Armee</b>	<b>37</b>
<b>13 Die Toten der „friedlichen Revolution“</b>	<b>40</b>
<b>14 Mit der DDR fielen die Schranken</b>	<b>43</b>
<b>15 Gregor Gysi: „Ein Schritt nach vorn“ - wohin?</b>	<b>46</b>
<b>16 Hans Modrow: über „Erfahrungen und Irrtümer“</b>	<b>49</b>
<b>17 Zu Einsichten, Korrekturen, bei bleibenden Widersprüchen</b>	<b>52</b>
<b>Anhang</b>	<b>57</b>

## Vorwort des Herausgebers

Vor 30 Jahren, am 8./9. Dezember 1989 fand in Berlin ein „außerordentlicher Parteitag der SED“ statt. Außerordentlich war er im Hinblick seines Zustandekommens, seiner Zusammensetzung und in seinem Ergebnis, das auch in der Umbenennung zum Ausdruck kam. Die Regierung Modrow ordnete die Entwaffnung und Auflösung der Betriebskampfgruppen an und ließ den Sturm des (schon umbenannten) Ministeriums für Staatssicherheit zu. Die NVA wurde neutralisiert. Damit war der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden dem Imperialismus schutzlos ausgeliefert.

Die krisenhafte Entwicklung der DDR (und in anderen sozialistischen Staaten) blieb dem aufmerksamen Beobachter nicht verborgen. Sie zeigte sich spätestens in den 1980er Jahren in Stagnation, schleichender Sozialdemokratisierung (deren sichtbarer Höhepunkt das von SED und SPD gemeinsam verfasste Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ war) oder an dem an der Humboldt-Uni angesiedelten Projekt „moderner Sozialismus“ (Dieter Klein, Michael Brie). Es musste deshalb nicht überraschen, wenn die entscheidenden Schläge aus dem inneren Machtzentrum selbst kamen. Es war Schabowski, der auf der ZK-Sitzung am 3. Dezember 1989 den Antrag mit dem (statutenwidrigen) Parteiausschluss von Honecker, Stoph, und anderen und den Rücktritt (und damit faktisch die Selbstauflösung) des ZK einbrachte.

Über diese Entwicklung ist schon viel geschrieben worden. Gerhard Feldbauer fügt den bisherigen Analysen einen interessanten Aspekt hinzu: die Spiegelung der Vorgänge in Berlin an denen in Rom. Als Korrespondent für die Nachrichtenagentur ADN und die Zeitung „Neues Deutschland“ in der italienischen Hauptstadt erlebte er dort hautnah den Niedergang und schließlich den Untergang der PCI. Zu Gute kommen ihm dabei nicht nur die Verbindungen, die das journalistische Handwerk mit sich bringt, sondern auch seine enormen Erfahrungen auf diplomatischem Parkett (er war Botschafter in mehreren afrikanischen Ländern) und die Vertrautheit mit den heimischen Parteistrukturen. Er kam so mit vielen politischen Figuren jeglicher Couleur und aus aller Welt in Berührung. Es geht hier somit weniger um eine Abhandlung der Umwandlung der SED/PDS zur heutigen Partei als um die handelnden Personen – mit Vergleichen zu denen in Italien.

Das Handeln der Akteure in Berlin zeigt im Vergleich mit dem, was sich in

Italien abgespielt hatte, von Anfang an einen gravierenden Unterschied. War dieser Prozess in Italien in zwei bis drei Jahrzehnten vor sich gegangen, wurden die Weichen jetzt in der SED in Monaten gestellt und der von den Reformisten in der PCI verfolgte Kurs wurde in seinen inhaltlichen Aussagen und Zugeständnissen unter vielen Gesichtspunkten bei weitem übertroffen und die Auswirkungen waren bzw. sind bis heute weitaus dramatischer. „Die Brisanz für mich“, schreibt Feldbauer, „bestand darin, dass Klaus Gysis (während meiner Zeit in Rom Botschafter, mit dem ich gute Kontakte unterhielt) Sohn Gregor an die Spitze der Reformisten trat. Nach einem Besuch bei noch KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow eilte er im Januar 1990 nach Rom, um bei Achille Occhetto, dem letzten IKP-Generalsekretär, Erfahrungen bei der Liquidierung der IKP durch ihre Umwandlung in eine sozialdemokratische Linkspartei zu studieren. Er scheute sich auch nicht, mit ISP-Chef Bettino Craxi zusammenzutreffen, der schon zu dieser Zeit der Korruption verdächtigt wurde.“ Fast zeitgleich mit Gregor Gysis Italienreise unterbreitete Regierungschef Hans Modrow (seit November 1989 bis April 1990) nach Gesprächen mit Gorbatschow am 1. Februar 1990 sein Konzept "Deutschland einig Vaterland", mit dem faktisch die DDR zur Disposition gestellt wurde. Als schließlich in Bonn der berühmte Vernon A. Walters (Organisator mehrerer Putschversuche zur Verhinderung eines linken Vormarsches in Italien wie der Unterstützung kolonialer Marionetten gegen antiimperialistische Regierungen) als Botschafter eintraf, hätte eigentlich auch Modrow und Gysi klar sein müssen, was die Stunde geschlagen hatte...

## 1 Das opportunistische Drama in Italien

Seit Wochen legen regierungsoffizielle Stellen und ihre Medien ihre Sicht auf die Ereignisse vor 30 Jahren, die zum Anschluss der DDR an die BRD führten, in bekannter Weise dar. Ich melde mich als Zeitzeuge zu Wort, dem seine Erlebnisse in Italien von 1973 bis 1979<sup>1</sup> ermöglichten, früher oder überhaupt, als das manchem Teilnehmer oder auch nur Beobachter möglich war, zu erkennen, wohin das Handeln maßgeblicher Akteure in und außerhalb der DDR führen musste. Aus meiner journalistischen wie auch der folgenden diplomatischen Arbeit hatte ich Einblick in ihr Wirken in der DDR und war auch mit nicht wenigen persönlich bekannt.

Was 1989/90 und danach in der DDR und der SED vor sich ging, setze ich als hinreichend bekannt voraus. Mit dem Unterschied, dass der damals in der DDR bzw. der SED einsetzende Prozess in der IKP sich in einem Zeitraum von etwa drei Jahrzehnten vollzogen hatte, während die Weichen dafür nun in Berlin in Monaten gestellt wurden. Die inhaltlichen Aussagen übertrafen dabei bei weitem die Zugeständnisse, die die IKP unter Generalsekretär Enrico Berlinguer einst gemacht hatte.

Bei der Suche nach den Ursachen der mit der Krise des Sozialismus 1989 in der SED der DDR bei den sogenannten „Reformern“ einsetzenden Denk- und Verhaltensweisen hilft uns Lenins Einschätzung, dass diese Vorgehensweise die Taktik der Opportunisten ist. Sie werden – ob sie sich dessen zunächst bewusst wurden, soll hier dahingestellt bleiben - Träger eines bestimmten gesellschaftlichen Bewusstseins, das sich in Politik und Haltung der „Reformer“ in der PDS, heute in der Partei Die Linke niederschlägt und in den Kompromiss mit der Bourgeoisie mündet, mit ihren charakteristischen Momenten wie: „Zusammenarbeit der Klassen, (...) Verzicht auf die revolutionäre Aktion, rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, Mißstrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber.“<sup>2</sup> Wie Lenin darlegte, ist der „Reformismus“ die Taktik der Opportunisten. Reformen sind aber kein Selbstzweck. Der Kampf um sie dient der Erhöhung des Organisationsgrades der Klasse, um den „Kampf gegen die Lohnsklaverei noch hartnäckiger fortzuset-

---

<sup>1</sup>Mit meiner Frau Irene (als Fotoreporterin) war ich vom Mai 1973 bis April 1979 als Korrespondent für den „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst“ (ADN) und das „Neue Deutschland“ (ND) in Rom tätig. Dazu erschien gerade mein Buch „Umbruchsjahre in Italien. Als Auslandskorrespondent in Rom 1973 bis 1979“.

<sup>2</sup>„Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“, Lenin, Werke, Bd. 11, Berlin/DDR, 1958, S. 111

zen“.<sup>3</sup> Der Reformismus dagegen, so auch der 1989/90 und weiterhin bis heute von den „Reformern“ betriebene, verkauft die Reformen als Verbesserung des Lebens im Kapitalismus. Er ist das Mittel, „die Arbeiter mit Hilfe von Almosen zu spalten, sie zu täuschen, vom Klassenkampf abzulenken“.<sup>4</sup> Davon ausgehend ist die Partei „Die Linke“ von ihrer von der Führung bestimmten Programmatik, wenn man es auf den Punkt bringt, eine opportunistische Partei, die proimperialistische Positionen vertritt bzw. zum Ausdruck bringt. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass Krisen des Kapitals, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeiten thematisiert werden und davon die Rede ist, dass die Arbeiter „ihre Einkommen, Arbeitsbedingungen und ihre soziale Absicherung durch betriebliche, tarifliche und gesetzliche Regelungen (verbessern) um so die kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung“ zu beschränken,<sup>5</sup> wohlgemerkt, nicht zu überwinden. Davon ausgehend konzentriere ich mich darauf, das Handeln zweier Akteure dieser „Wende“-Zeit -Gregor Gysi und Hans Modrow - chronologisch darzulegen.

In Italien hatten wir ein Drama dieses opportunistischen Wirkens erlebt. Die im Ergebnis des Übergangs der Zweiten Internationale auf die Positionen des Imperialismus in der Arbeiterbewegung entstandene Strömung des Opportunismus wirkte während und nach dem Ersten Weltkrieg in den Sozialdemokratischen bzw. Sozialistischen Parteien. Er wandelte sie in bürgerlich-reformistische um, die einem revolutionären Kurs der Linken, vor allem der Kommunisten entgegenwirkten, und eine entscheidende Basis des Machterhalts der imperialistischen Großbourgeoisie wurden.

Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges - das Entstehen sozialistischer Staaten in Osteuropa und das Erstarken der Arbeiterbewegung in Westeuropa wie auch das Anwachsen der nationalen Befreiungsbewegung in Ländern der „Dritten Welt“ - schwächte die Positionen des Imperialismus. Im Ergebnis seiner Gegenoffensive gelang es dem Opportunismus jedoch dann, auch in die kommunistischen Parteien einzudringen. Das betraf mit dem XX. Parteitag 1956 unter Chruschtschow beginnend und mit Gorbatschow 1989/90 endend auch die Kommunistischen Parteien an der Macht. Als eine wesentliche Ursache für das Eindringen des Opportunismus in die kommunistischen Parteien sah Kurt Gossweiler,<sup>6</sup> dass die Antihitlerkoalition „in Teilen der Bewegung Illusionen

<sup>3</sup>Und es geht hier um keine Theoretisierung, sondern ins Konkrete übertragen ging es 1989/90 darum, zu verhindern, dass die arbeitenden Menschen der DDR kampflös dem Joch der „Lohnsklaverei“ ausgeliefert wurden.

<sup>4</sup>„Marxismus und Reformismus“, LW, Bd. 19, Berlin/DDR 1962, S. 363.

<sup>5</sup>[www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/programm](http://www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/programm)

<sup>6</sup>Zunächst bedeutender Faschismus-Forscher der DDR, u. a. mit „Kapital, Reichswehr und

über den Imperialismus genährt; nur der deutsche, italienische und japanische Imperialismus seien ‚böse‘ Imperialismen, die imperialistischen Bundesgenossen dagegen repräsentierten einen ‚guten‘ Imperialismus, von dem keine Gefahr für den Sozialismus mehr ausginge.“<sup>7</sup> Das könnte etwas verabsolutiert erscheinen, wurde aber u. a. durch Entwicklung in der KPdSU, und in Italien durch die Haltung der IKP zur NATO<sup>8</sup> nachhaltig bestätigt. So dadurch, dass sich seit Anfang der 70er Jahre in einigen KPn der westlichen Länder (vor allem Spaniens, Frankreichs, der Linkspartei Kommunisten Schwedens) der sogenannte Eurokommunismus verbreitete. Diese reformistische Ideologie gab grundlegende kommunistische Positionen auf. Während Spaniens PCE unter dem späteren Sozialdemokraten Santiago Carillo kaum über Deklarationen hinaus kam und der PCF Georges Marchais auf Distanz ging, wurde die IKP unter Berlinguer zu seinem Protagonisten.

Um der faschistischen Gefahr – der von der faschistischen Partei Movimento Sociale Italiana (MSI) im Zusammenwirken mit CIA, Nato und den eigenen Geheimdiensten unter der Losung einer „chilenischen Lösung für Italien“ Einhalt zu gebieten, wollte Berlinguer zu einer Zusammenarbeit mit der großbürgerlichen Democrazia Cristiana (DC) auf Regierungsebene kommen. Auf diese nicht von vornherein abzulehnende Bündniskonzeption nahm jedoch die reformistische Strömung den entscheidenden Einfluss, was zur Aufgabe grundlegender kommunistischer Positionen führte.<sup>9</sup>

Auf der Grundlage der „Spielregeln der bürgerlichen Demokratie“ und ihrer Integration in deren Parteiensystem proklamierte die IKP einen eigenen „Weg zum Sozialismus“,<sup>10</sup> anerkannte die kapitalistische Marktwirtschaft und

NSDAP 1919-1924“ (Berlin/DDR 1984), widmete er sich in den 90er Jahren den opportunistischen Erscheinungen des Revisionismus in der kommunistischen Bewegung, den er in Abgrenzung zum klassischen Revisionismus „modernen Revisionismus“ nannte.

<sup>7</sup>Gossweiler: Wider den Revisionismus, Berlin 1997, S. 323. Wobei, wenn man von der Haltung der PDS ausging, nun hinzukam, dass die „Reformer“ selbst gegenüber dem deutschen Imperialismus solche Illusionen hegten.

<sup>8</sup>Im Rahmen der Vereinbarung mit der Democrazia Cristiana (DC) zur Regierungszusammenarbeit (Historischer Kompromiss) anerkannte IKP-Generalsekretär Enrico Berlinguer nicht nur die NATO, sondern erklärte obendrein, sie eigne sich unter bestimmten Voraussetzungen als „Schutzschild“ eines italienischen Weges zum Sozialismus („Corriere della Sera“, 15. Juni 1976).

<sup>9</sup>Diese Entwicklung wird hier kurz skizziert, um zu verdeutlichen, an welchem Leitbild sich die Gruppierung um Gregor Gysi in der SED dann orientierte, das dann auch Eingang in den Kurs der Regierung unter Modrow fand.

<sup>10</sup>Gegen einen „eigenen Weg“ war nichts einzuwenden. Unter den dann dargelegten Rahmenbedingungen konnte aber von einem wissenschaftlichen Sozialismus im Sinne von Marx und Engels keine Rede mehr sein.

forderte lediglich eine „demokratische Transformation“ des bürgerlichen Staatsmodells. Sie erklärte, nicht nur die Bündnisverpflichtungen Italiens zu respektieren, sondern verstieg sich zu dem absurden Bekenntnis, die NATO eigne sich unter bestimmten Voraussetzungen als „Schutzschild“ eines italienischen Weges zum Sozialismus. Der Historische Kompromiss wurde mit dem von der CIA und der NATO-Truppe stay behind (die in Italien Gladio hieß) inszenierten Mord an Aldo Moro zum Scheitern gebracht.<sup>11</sup>

Nach dem Tod Berlinguers am 11. Juni 1984<sup>12</sup> und unter dem Einfluss des Perestroika- und Glasnost-Kurses Gorbatschows konnten die Opportunisten in der IKP die Führung der Partei dann an sich reißen. Bereits auf dem Kongress 1986 schlug Berlinguers Nachfolger Alessandro Natta den Sozialisten vor, sich mit den Kommunisten zu einer neuen linken Partei zu vereinigen. Der korrupte ISP-Chef Craxi, der seine Partei 1992 in den Untergang trieb, lehnte jedoch ab. Achille Occhetto, seit Mai 1988 Generalsekretär, forcierte den sozialdemokratischen Kurs und kündigte den für März 1989 einberufenen Kongress als „Parteitag der Wende“ an. Dessen Leitfigur war dann Gorbatschow, auf den sich Occhetto bereits in seiner Eröffnungsrede zehnmal als Hoffnungsträger berief. Die auf Video übermittelte Rede des KPdSU-Generalsekretärs wurde von der sozialdemokratischen Strömung, welche die Mehrheit der Delegierten stellte, stürmisch gefeiert. In seinen Beschlüssen kündigte der Kongress einen „riformismo forte“ (starken Reformismus) an.

Um für das Kapital dennoch regierungsfähig zu werden,<sup>13</sup> schritten die Opportunisten schließlich im Herbst 1989 zur Umwandlung der IKP in eine sozialdemokratische Linkspartei. In Wahrheit handelte es sich, wie Domenico Losurdo<sup>14</sup> einschätzte, um die Liquidierung der IKP.<sup>15</sup> Giorgio Napolitano, der führende Vertreter der Opportunisten, gab unumwunden zu, es gehe mit der

<sup>11</sup>Feldbauer: „Compromesso storico. Der Historische Kompromiss der IKP und die heutige Krise der Linken“. Schriftenreihe „Konsequent“ der DKP Berlin, Heft 2/2013.

<sup>12</sup>Er erlitt während er auf einer Kundgebung seiner Partei zu den EU-Wahlen in Padua sprach, am 7. Juni einen Herzinfarkt und verstarb vier Tage später.

<sup>13</sup>Hier ist vorab festzuhalten, dass dieses Ziel ebenfalls von der PDS/Die Linke übernommen wurde, so mit Beteiligungen an Länder-Regierungen in Berlin (wo Gysi selbst Senator für Wirtschaft wurde), in Mecklenburg-Vorpommern und zuletzt in Thüringen mit Ramelow als Ministerpräsident.

<sup>14</sup>Führender kommunistischer Philosoph Italiens, Dekan der Philosophischen Fakultät an der Universität von Urbino, Präsident der Internationalen Gesellschaft Hegel-Marx für dialektisches Denken und Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin. Gab zusammen mit dem 2011 verstorbenen Hans Heinz Holz die philosophische Halbjahresschrift „Topos“ heraus. Losurdo verstarb 2018.

<sup>15</sup>Interview für jW, 19./20. April 2008.

Umwandlung darum, einer „Regierungsübernahme den Weg zu ebnen“.<sup>16</sup>

Am 31. Januar 1991 trat in Rimini der 20. Parteitag der IKP zusammen. Zehn Tage nach ihrem 70. Jahrestag beschloss der Kongress, der am 3. Februar zu Ende ging, mit einer Zwei Drittel-Mehrheit ihre Umwandlung in eine sozialdemokratische Linkspartei (Partito Democratico della Sinistra - PdS). Mit der Beseitigung der von Antonio Gramsci 1922 im Widerstand gegen die faschistische Diktatur Mussolinis mit begründeten Partei wurde nicht nur die führende Kraft der Arbeiterklasse, sondern – wie die Entwicklung bis in die Gegenwart zeigt – auch die entscheidende Basis des Kampfes, die bis dahin den Vormarsch der Faschisten gezügelt hatte, beseitigt.<sup>17</sup>

## 2 Warum Gregor Gysi nach Rom eilte

Das erste gravierende Ereignis war, dass Gregor Gysi im Oktober 1989 an der Spitze einer Gruppe von „Reformern“ das Politbüro absetzte und selbst die Parteiführung übernahm. Bei dem später gern „Sturm aufs große Haus“ genannten Vorgehen handelte es sich quasi um einen Parteiputsch, denn immerhin war die Führung auf dem letzten Parteitag gewählt worden. Bei der Fraktion, die hinter Gregor Gysi stand, handelte es sich um eine Gruppe von leitenden Mitarbeitern des ideologischen Führungszentrum der SED, ihrer Akademie für Gesellschaftswissenschaften, mit Prof. Rolf Reißig (er wurde im Februar 1990 ihr Direktor) an der Spitze.<sup>18</sup> Diese Gruppe hatte 1987 für den Dialog mit der SPD das Positionspapier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ ausgearbeitet.

Gregor Gysi war uns kein unbekannter. Er war der Sohn von Klaus Gysi, von 1973 bis 1978 erster Botschafter der DDR nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Italien, mit dem wir während unserer Arbeit in Rom gute Beziehungen unterhielten.<sup>19</sup> Sein Sohn Gregor war promovierter Jurist und

<sup>16</sup>„Unita“, 8. Januar 1990. Siehe auch „Die Niederlage der Linken in Italien und der Renegat Napolitano“. Feldbauer in „Konsequent“, Heft 1/2015.

<sup>17</sup>1994 kam mit Silvio Berlusconi an der Spitze eine faschistische Allianz aus dessen Partei Forza Italia (FI), der Partei Movimento Sociale Italiano (MSI) einer Wiedegründung der Partei Mussolinis, und der rassistischen Lega Nord an die Macht. Sie war das Werk einer in Italien von der CIA gebildeten faschistischen Putschloge (P2), in der besagter Berlusconi im Dreierdirektorium saß. Der zweite Vize war Sozialistenchef Bettino Craxi von dem noch die Rede sein wird. Diese Faschistenallianz regierte mit Unterbrechungen bis 2011 zehn Jahre Italien. 2018/19 folgte für 14 Monate eine neue Regierung, zu der die faschistische Lega gehörte, die ein an Mussolini orientiertes Regime errichten wollte.

<sup>18</sup>Reißig wurde später Mitglied des Willy-Brandt-Kreises der SPD.

<sup>19</sup>Siehe Umbruchsjahre, S. 13 ff.

wurde 1988 Vorsitzender des Kollegiums der Rechtsanwälte und verteidigte als Anwalt bekannte Dissidenten der DDR, wie Robert Havemann und Rudolf Bahro aber auch Bärbel Bohley.<sup>20</sup> So wurde Gregor Gysi - auch von mir – zunächst durchaus als ein Mann gesehen, der der SED und der DDR über die schwere Krise hinweghelfen könnte.

Zweifel daran kamen auf, als Gregor Gysi nach einem Besuch bei Noch-KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow im Januar 1990 nach Rom eilte, um bei Achille Occhetto, dem letzten IKP-Generalsekretär, Erfahrungen bei der vor sich gehenden Liquidierung der IKP durch ihre unter der Losung der „Heimkehr zur Sozialdemokratie“ erfolgende Umwandlung in eine sozialdemokratische Linkspartei PDS zu studieren.<sup>21</sup> Er scheute sich auch nicht, mit ISP-Chef Bettino Craxi zusammenzutreffen, der schon zu dieser Zeit der Korruption verdächtigt wurde.<sup>22</sup> Der Hintergrund konnte nur sein, dass – wie dann auch bekannt wurde - Gregor Gysi sich mit dem Gedanken trug, auch hier das IKP-Modell aufzugreifen und der SPD den Beitritt seiner PDS<sup>23</sup> anzutragen. Aber während die CDU der BRD, wie auch die Liberalen ohne Bedenken ihre ostdeutschen Schwesterparteien vereinnahmten, fehlte der SPD zu solch einem Schritt der strategische Weitblick, mehr wohl noch der Mut. Aber Craxi, der bereits 1986 das Angebot Alessandro Nattas, des ersten Nachfolgers Berliners im Amt des Generalsekretärs, zur Vereinigung der IKP mit der ISP zu einer neuen Linken Partei abgelehnt hatte, war auch diesmal nicht bereit. So konnte Gregor Gysi diesbezüglich nicht mit einem entsprechenden Signal aus Rom nach Berlin zurückkehren. Er versuchte dennoch, die DKP im Vorfeld des „Vereinigungsprozesses“ auszuschalten. Sie sollte sich auflösen und ihre Mitglieder einzeln in die PDS eintreten.

<sup>20</sup>Letztere gehörte zu denen, die ihm Mandantenverrat vorwarfen und ihn als „Stasispitzel“ diffamierte. Gregor Gysi hat das immer bestritten und erklärt, er sei von Mitarbeitern des MfS, die als Vertreter von DDR-Institutionen getarnt, ihm gegenüber aufgetreten seien, abgeschöpft worden. Jedenfalls setzte er zahlreiche Unterlassungsbescheide durch, die verboten, ihn als „Stasispitzel“ zu bezeichnen. Ich komme darauf noch zurück.

<sup>21</sup>Aus dem Namen Partito Democratico della Sinistra ergab sich auch noch die Namensgleichheit mit dem deutschen Parteikürzel PDS.

<sup>22</sup>1992 begann die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen gegen ihn, die 1994 zu einer lebenslangen Haftstrafe führten.

<sup>23</sup>Die SED führte ab Dezember 1989 den Doppelnamen Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS). Ab 4. Februar 1990 nannte sie sich nur noch Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Am 16. Juni 2007 fusionierte sie mit der WASG (Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die „Wahlalternative“) zur Partei Die Linke.

### 3 Parteigänger in der DKP

In der DKP arbeitete das Leitungsmitglied Wolfgang Gehrcke auf eine Auflösung der Partei hin. Er bewirkte, dass etwas 10.000 ihrer zu dieser Zeit rund 30.000 Mitglieder die Partei verließen, von denen jedoch die wenigsten sich bei der PDS einfanden. Zum Lohn dafür erhielt Gehrcke einen Listenplatz der PDS zur Kandidatur für ein Mandat des Bundestages, das er noch heute innehat.<sup>24</sup>

Er wurde ein zuverlässiger Parteigänger der opportunistischen Politik Gysis. 1999 griff er die Idee Gregor Gysis zur Annäherung an die SPD auf, die unter Gerhard Schröder<sup>25</sup> in der Regierung gerade die Interessen des Kapitals vertrat. In einem Pamphlet „Was ist neu an der ‚Neuen Linken‘“, das das „ND“ am 9./10. Januar ganzseitig veröffentlichte, bescheinigte er dem Kabinett „strategische Unterschiede“ gegenüber dem vorherigen unter Kohl und plädierte für die Übernahme des wirtschaftlichen Konzepts der SPD vom „Umbau der Verfügungsverhältnisse“, um dann festzumachen, dass der PDS „bei der Profilierung dieser Richtung“ eine wesentliche Aufgabe zukomme, was der Ausprägung der Partei zu einer „Neuen Linken“ diene, die dringend notwendig sei. Die Katze aus dem Sack ließ Gehrcke dann, als er das Schrödersche Konzept des „besseren Fitmachens für die Globalisierung“ unter einer SPD-Regierung übernahm und dazu die als „moderne Sozialpolitik“ ausgegebene Forderung nach Fortsetzung des Sozialabbaues unterstützte. „Nur die Erhaltung oder Wiederherstellung alter sozialstaatlicher Regelungen zu fordern, ist keine zeitgemäße Alternative“, hieß es. Die PDS müsse „neue eigene Antworten auf veränderte Bedingungen“ geben und sich „glaubwürdig in die beginnende Diskussion um die Neulegitimierung des Sozialismus einbringen“. Das rechnete Gehrcke dann zu den Bedingungen, um „ein neues Gleichgewicht zwischen hochleistungsorientierter Exportwirtschaft und den regionalen Wertschöpfungskreisen wiederherzustellen“.

Unter Gregor Gysi orientierten sich die „Reformer“ an dem auf sozialdemokratische Positionen übergegangenen Gorbatschow, dessen politischer Kurs sich verheerend auf den Ostblock und besonders auf die DDR als ihren bis dahin engsten Verbündeten auswirkte. Zur Haltung Gorbatschows erinnerte ich mich nun der Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter in Kinshasa,<sup>26</sup> aus denen hervorging, dass Moskau damals unter allen Umständen den Besuch Erich Honeckers 1987 in Bonn verhindern wollte, während Gorbatschow nun

<sup>24</sup>Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass er in der Außenpolitik gelegentlich kritische Positionen bezieht.

<sup>25</sup>Das Kabinett Schröder I vom Oktober 1999 bis Oktober 2002.

<sup>26</sup>Der Autor war von 1983 bis 1987 Botschafter der DDR in Zaire, Burundi und Ruanda.

Kohl die DDR zum Verkauf anbot.

Mit der Auflösung der Parteistrukturen vor allem in den Betrieben, wurde die bereits schwer angeschlagene Partei, auf die der Gegner wie gegen das MfS seinen Hauptstoß richtete, nahezu völlig ihrer Aktionsfähigkeit beraubt. Es setzte der Prozess der Umwandlung der SED, später PDS, in eine Linkspartei sozialdemokratischer Orientierung ein.

## 4 Hans Modrows „Deutschland einig Vaterland“

Fast zeitgleich mit Gregor Gysis Italienreise unterbreitete Regierungschef Hans Modrow (seit November 1989 bis April 1990) nach Gesprächen mit Gorbatschow am 1. Februar 1990 in Moskau sein Konzept "Deutschland einig Vaterland",<sup>27</sup> mit dem faktisch die DDR zur Disposition gestellt wurde. Vor seiner Abreise nach Moskau musste Modrow ein Artikel von Eduard Schewardnadse in der „Iswestija“ vom 18. Januar bekannt gewesen sein: „Europa – von der Spaltung zur Einheit“. Darin ordnete der sowjetische Außenminister die „deutsche Frage“ und die „Reformprozesse in Osteuropa“ in den Zusammenhang eines sich einigenden Europa ein. Aus den Berichten über Modrows Gespräche ging mit keinem Wort hervor, ob die darin aufgeworfenen Fragen erörtert wurden, die zur Aufkündigung der mit der DDR abgesprochenen Vertragsgemeinschaft durch Kohl führten.<sup>28</sup> Aus den Ausführungen des letzten DDR-Botschafters in Moskau, Gerd König,<sup>29</sup> ging hervor, dass er damit wohl der Linie Gorbatschows folgte, die Politbüro-Mitglied Jakowlew so formuliert hatte: „Es wäre gut, wenn Modrow mit einem Programm der Wiedervereinigung auftreten würde“.<sup>30</sup> Modrow selbst äußerte dazu später: „Kohl behauptet, er habe den Schlüssel zur Einheit aus Moskau geholt. Wenn das so sein soll, dann habe ich

<sup>27</sup>Nachzulesen in dem Buch „Ich wollte ein Neues Deutschland“ (Dietz Verlag Berlin 1998), das Modrow zusammen mit Hans Dieter Schütt, dem früheren Chefredakteur der „jungen Welt“ und späteren langjährigem Ressortchef des „ND“, schrieb. Ich erwähne hier kurz einige Aspekte der Haltung Modrows. Ich habe das Buch ausführlich in den „Weißenseer Blättern“ 1/1999 vorgestellt: Zu Hans Modrows Buch „Ich wollte ein Neues Deutschland“.

<sup>28</sup>Siehe Eberhard Czichon/Heinz Marohn: „Das Geschenk. Die DDR im Perestroika-Ausverkauf“, PapyRossa, Köln 1999, S. 345.

<sup>29</sup>Auch ihn kannte ich gut. Während meiner Zeit in Kinshasa war er als Stellvertretender Minister mein zuständiger Ressort-Chef und kannte meine Einschätzung zu Gorbatschow (siehe unter Walters). In der „Wende“-Zeit hatte ich Gelegenheit mich mit ihm darüber und u. a. auch über Modrow auszutauschen.

<sup>30</sup>Gerd König: „Erinnerungen des letzten DDR-Botschafters in Moskau. Fiasko eines Bruderbundes“. Berlin 2010, S. 394.

den Schlüssel gefeilt!“<sup>31</sup>

Hier ist einzublenden, dass sicher folgendes feststand: Nachdem die DDR von Gorbatschow fallengelassen wurde und damit der wichtigste außen- und militärpolitische Faktor ihrer Existenzsicherung entfiel, war sie nicht mehr zu retten. Doch ihr Anschluss an die BRD hätte nicht in jene kampf- und bedingungslose Kapitulation münden müssen, die von der letzten DDR-Regierung unter Lothar de Maizière von der ostdeutschen CDU vollzogen wurde, aber bereits unter der Regierung Modrow und der PDS unter Gregor Gysi mit zu verantworten war.<sup>32</sup> Doch Modrow war nicht nur zu dieser Zeit, sondern auch ein Jahr danach nicht in der Lage, den verräterischen Kurs Gorbatschows einzuschätzen. In seinem Buch „Aufbruch und Ende“<sup>33</sup> schwärmte er, dass „ein herzliches persönliches, aber auch ein konstruktives Arbeitsklima“ herrschte und Gorbatschow für ihn „ein Mensch, der wirklich in großen Maßstäben denkt, der ein sehr komplexes Denken hat“, war und ist (S. 120). Noch 2000 sah er in ihm lediglich „Unaufrichtigkeit“, hatte aber inzwischen immerhin erkannt, dass sich darin seine „wachsende Unfähigkeit, die Prozesse im wohlverstandenen Interesse der UdSSR und der DDR zu beherrschen“ gezeigt habe.<sup>34</sup> Wie immer kein Wort, wie er sich da getäuscht hatte. Gerd König erkannte dagegen schon, dass Gorbatschows Besorgnis, wie es mit der DDR weitergehe, geheuchelt war, während in Wirklichkeit der Vereinigungsprozess „bereits im vollen Gange und die Vereinigung faktisch entschieden war“ (S. 408).

## 5 Gorbatschow, ein Verräter ohne Gleichen

Blenden wir hier einige Aspekte der Haltung dieses Opportunisten ein, der nicht nur die DDR an Kohl regelrecht verkaufte, sondern auch seine jahrzehntelangen Kampfgefährten der DDR skrupellos der Siegerjustiz der BRD auslieferte. Das alles war Modrow nun schon länger bekannt oder kam ihm später zur Kenntnis, ohne dass er zu dieser Zeit Korrekturen seiner Einschätzungen vornahm.<sup>35</sup>

Beginnen wir mit Gorbatschows öffentlicher Erklärung: „Das Ziel meines ganzen Lebens war die Vernichtung des Kommunismus, dieser unerträglichen

<sup>31</sup>„Keine Zeit für Illusionen“. Karl-Heinz Arnold: Mit Hans Modrow erlebt: das vorletzte Kapitel der DDR-Geschichte. Wochenpost, Nr. 38/1990.

<sup>32</sup>König, S. 393 ff.

<sup>33</sup>Konkret-Verlag, Hamburg 1991.

<sup>34</sup>„Hans Modrow über verpasste Chancen und das Ende der DDR“. „ND“ zur Modrow-Initiative „Deutschland einig Vaterland“, 1. Februar 2000.

<sup>35</sup>Zu Einsichten, Korrekturen und bleibenden Widersprüchen siehe die letzten beiden Kapitel.



Diktatur gegen die Menschen. (...) Als ich mich persönlich mit dem Westen bekannt gemacht hatte, verstand ich, dass ich von dem gestellten Ziel nicht ablassen durfte. Um dieses zu erreichen, musste ich die ganze Führung der KPdSU und der UdSSR ersetzen, und ebenso die Führung in allen sozialistischen Ländern. (...) Nach dem Jahr 2000 wird eine Epoche des Friedens und der allgemeinen Blüte anbrechen.“<sup>36</sup>

Gorbatschow nahm auch für sich in Anspruch, dass er im Herbst 1989, während er sich zum Staatsbesuch in der VR China befand, zu den Konterrevolutionären auf dem Tian'anmen-Platz (Platz am Tor des Himmlischen Friedens) in Peking sprechen und sie zu ihrem Ziel, die chinesische Führung zu stürzen, ermuntern wollte.<sup>37</sup> Die chinesische Führung durchschaute seine Machenschaften und verhinderte das.

Bei einem Besuch an der Grenze zu Westberlin (der „Mauer“) hatte er 1986 ins „Gästebuch“ geschrieben: „Am Brandenburger Tor kann man sich anschaulich davon überzeugen, wie viel Kraft und wahrer Heldenmut der Schutz des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden vor den Anschlägen des Klassenfeindes erfordert. Die Rechnung der Feinde des Sozialismus wird nicht aufgehen. Unterpfeiler sind das unerschütterliche Bündnis zwischen der DDR und der UdSSR. (...) Ewiges Andenken an die Grenzsoldaten, die ihr Leben für die sozialistische DDR gegeben haben.“

Einen Gipfelpunkt seiner Heuchelei erreichte dieser Renegat, als er 2004 vor Schülern der Hildegard-Wegscheider-Oberschule in Berlin-Wilmersdorf sagte: „Wenn ich mich an die Mauer in Berlin erinnere, spüre ich heute noch Entsetzen über dieses Bauwerk“.<sup>38</sup>

Den Gipfel des Verrats an der DDR erklimmte Gorbatschow bereits im Juli 1990 bei den letzten Verhandlungen in Archys im Nordkaukasus mit einer Dele-

gation Kohls, bei denen auch die strafrechtliche Verfolgung ehemaliger Führer der DDR zur Sprache kam. Kohl habe Gorbatschow immerhin vorgeschlagen, den Personenkreis zu benennen, gegen den keine strafrechtlichen Verfolgungen eingeleitet werden sollten.<sup>39</sup> Doch der sowjetische Präsident habe erwidert, „die Deutschen würden schon selbst mit diesem Problem fertig“. Selbst Kohl und der anwesende Genscher hätten betreten auf den Präsidenten der UdSSR geblickt.<sup>40</sup>

Hätte Gorbatschow Kohl in Archys „eine Liste mit – sagen wir – hundert Namen übergeben, die als ‚Persona grata, als ‚unantastbare‘ gegolten hätten, wäre es der bundesdeutschen Justiz nie möglich gewesen, Verfahren in jenem demonstrierten Schauprozessstil zu inszenieren“.<sup>41</sup> Die Auslieferung von Repräsentanten eines mit der UdSSR durch einen Freundschaftsvertrag verbundenen Staates an den Feindstaat war „die Schmierenkommödie eines verantwortungslosen politischen Hasardeurs“.<sup>42</sup>

Wie bei Gysi war auch in Modrows „neuem Deutschland“ ganz offensichtlich für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) kein Platz vorgesehen. Er verschwendete, wie Ellen Weber in ihrer Rezension des Buches von Modrow vermerkte,<sup>43</sup> „keine Gedanken zu den Kampfgefährten der DKP“, die Aufbau und Existenz der DDR „mit großen Opfern (ich denke nur an die von Berufsverboten Betroffenen) begleitet haben.“ Mir selbst fiel in dem Buch auch auf, dass Modrow und seine PDS-Minister in ihrer schwierigen Regierungszeit mit den westdeutschen Kommunisten keinerlei Erfahrungsaustausch suchten, der sie von manch hoffnungsvoller Illusion, die sie über den deutschen Imperialismus hatten, hätte bewahren können.

<sup>36</sup>Bericht der „Prawda Rossi“ vom 26. Juli 2000 über Gorbatschow vor einem Seminar an der US-amerikanischen Universität in Ankara im Herbst 1999. Wiedergegeben in der „UZ“ vom 8. September 2000, zitiert auch in: Justus von Denkmann: Wahrheiten über Gorbatschow, Spotless, Berlin 2005., S. 13. Da sich in Wikipedia nichts über einen Justus von Denkmann findet, dürfte es sich wahrscheinlich um ein Pseudonym des Spotless-Verlegers Klaus Huhn handeln, der ein führender Sportjournalist, u. a. des „ND“, sowie Sportfunktionär der DDR war. Bekanntestes Pseudonym unter mehreren war Klaus Ullrich. Seit 1954 Organisationsleiter der Internationalen Friedensfahrt, 1967 bis 1969 Präsident des Radsportverbandes der DDR, Gründungsmitglied des Deutschen Turn- und Sportbundes und bis 1989 Mitglied des Bundesvorstand, 1976 bis 1993 Mitglied des Vorstand des Europäischen Sportjournalistenverbandes (UEPS), zuletzt als Vizepräsident und Generalsekretär. Am 20. Januar 2017 verstorben.

<sup>37</sup>Im Gespräch mit dem „Spiegel“, Nr. 29/1999.

<sup>38</sup>Denkmann, S. 14 f.

<sup>39</sup>Schon diese Frage hätte Gorbatschow erkennen lassen müssen, welches Schicksal Funktionäre der DDR auf allen Ebenen nach dem Anschluss an die BRD erwartete.

<sup>40</sup>Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle. Bonn 2002. Zit. in Denkmann, S. 84 ff. Nachzulesen auch in Czichon/Marohn, S.396.

<sup>41</sup>Denkmann, S. 86.

<sup>42</sup>Czichon/Mahron, S. 396. Gorbatschow habe später in einem Schreiben an Kanzler Kohl verbal behauptet, „man sei sich einig gewesen, dass ein Schlussstrich unter die Vergangenheit gezogen werden müsse“. Hinweise dazu konnten jedoch „weder in den Bonner Protokollen noch in einer Gesprächszusammenfassung der sowjetischen Seite gefunden werden“ (Denkmann, S. 87).

<sup>43</sup>Ellen Weber: „Lesenswert“, „UZ“, 8. Mai 1998.

## 6 „Offen wie ein Scheunentor“

Vor Modrows Amtsantritt war die Grenze nach Westberlin geöffnet worden, an der, wie er einräumte, „das Schicksal der DDR - und des Friedens! - wie an einem seidenen Faden“ hingen. Diese Maßnahme stand unausweichlich auf der Tagesordnung. Aber wie sie völlig unvorbereitet erfolgte, wurde ein entscheidendes politisches und ökonomisches Faustpfand gegenüber der BRD aus der Hand gegeben. Wie der „International Herald Tribune“ am nächsten Tag berichtete, habe „Moskau ruhig zugeschaut“. Der bereits als neuer Botschafter Washingtons in Bonn eingetroffene Vernon Walters (siehe weiter unten) habe die Grenzüffnung von einem Hubschrauber aus beobachtet. Diese Grenze wurde nun unter Modrow zunächst kaum und dann überhaupt nicht mehr kontrolliert. Damit war die DDR „offen wie ein Scheunentor, und westliche Dienste, vor allem die der BRD und der USA, schalteten und walteten nach Belieben“, schätzte Heinz Engelhardt ein.<sup>44</sup> So wurden zur Volkskammerwahl am 18. März 1990, die als erste freie Wahl gepriesen wurde, von den Parteien der BRD rund 40 Millionen DM „für den Machtwechsel investiert, 100.000 Schallplatten und Kassetten mit drei Reden Kohls verteilt, Wahlkämpfer in Bussen in die DDR gekarrt, Plakate geklebt – zum Beispiel in Erfurt 80.000 allein in einer Nacht durch hessische CDU-Mitglieder.“<sup>45</sup> Der Bürgerrechtler Prof. Jens Reich, Mitbegründer des „Neuen Forums“, das in der Partei Bündnis 90/Die Grünen“ aufging, räumte ein: „Das Bonner Nilpferd ist in einer Massivität gekommen, dass man einfach hilflos war. Im Wahlkampf ist einfach der gesamte Apparatismus des Westens in den Osten gebracht worden. Dem

<sup>44</sup>Heinz Engelhardt mit Peter Böhm: Der letzte Mann. Countdown fürs MfS. Edition Ost, Berlin 2019. Mit Engelhardt legt erstmals ein Insider in sachlicher Weise seine Sicht auf die letzten Monate der Arbeit des MfS dar. Der Autor setzt sich mit den Angriffen während der 1989/90 systematisch geschürten „Stasi-Hysterie“ auseinander, räumt überzogenes Sicherheitsdenken ein, thematisiert Karrierismus, Arroganz, Überheblichkeit, zeigt aber auch, dass viele politische Ge- und Verbote in der DDR einer auch in der BRD üblichen Praxis entsprachen. Ich habe das Buch in „junge Welt“ vom 16. September 2019 rezensiert: „Offen wie ein Scheunentor“. Der Klassenfeind war keine Einbildung: Heinz Engelhardt über die letzten Monate des Ministeriums für Staatssicherheit“, Edition Ost, Berlin 2019. Zur Thematik ist auch das zweibändige Werk „Die Sicherheit“, Hg. Reinhard Grimmer, Werner Irmeler, Willi Opitz, Wolfgang Schwanitz, edition ost, Berlin 2002, 1. Auflage, zu erwähnen, an dem 20 Generäle und Oberste der Abwehr mitgearbeitet haben.

<sup>45</sup>Yana Milev, Soziologin, habilitierte Dozentin an der Universität von St. Gallen, Verfasser (u. a.) der Zweibändigen Studie „Entkoppelte Gesellschaft, Ostdeutschland 1989/90, Bd. 1 „Anschluss“, Bd. 2 „Umbau“ (Verlag Peter Lang, Bern/Berlin 1989/90) im Gespräch mit „junge Welt“, 13. Juli 2019.

hatten wir nichts entgegensetzen. Das waren in die DDR exportierte Westwahlen.“<sup>46</sup> Jana Milev resumierte: „Der ganze Wahlkampf bis hin zum Beitritt war völkerrechtswidrig“. Während von Bonn die Wahlmanipulierungen im Mai 1989 in der DDR lauthals angeprangert wurden, kam niemand – auch seitens der PDS nicht – auf die Idee, publik zu machen, dass hier ähnlich verfahren wurde.

Engelhardt wurde im November 1989 von Modrow beauftragt, das in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umbenannte MfS aufzulösen. Unter diesen Bedingungen habe der Ministerpräsident den „Bürgerrechtlern“, also der überwiegend antikommunistischen Opposition, bei der Auflösung des MfS obendrein ein entscheidendes Mitspracherecht eingeräumt,<sup>47</sup> während er keinerlei Zusammenarbeit „mit ihm und seinen Leuten“ gesucht habe. Gegen den für den 15. Januar 1990 angekündigten „Sturm“ auf den MfS-Komplex in Berlin-Lichtenberg habe Modrow keinerlei Maßnahmen ergriffen, obwohl das dazu führte, dass das MfS zum ersten Mal „von einem gegnerischen Dienst inspiziert wurde“, der sich „ganz gezielt“ zur Hauptabteilung II, der Spionageabwehr, begab. Um die Partei zu retten, hätten Krenz, Modrow und andere das MfS „den Medien zum Fraß vorgeworfen“. Und unter Gregor Gysi, der seit Dezember 1989 an der Spitze der SED-PDS stand, wollte die Partei von den MfS-Mitarbeitern „nichts mehr wissen“.<sup>48</sup>

<sup>46</sup>It. in: ebd.

<sup>47</sup>„Der Runde Tisch war ein Gremium, das nicht einmal nach bürgerlich-parlamentarischen Regeln geschweige denn von der Verfassung der DDR legitimiert war. Es war reine Machtanmaßung, die Regierung der DDR in scharfer Form aufzufordern, das MfS unter ziviler Kontrolle aufzulösen. Die Volkspolizei übernahm an diesem Tag die Sicherheit der örtlichen Dienststellen des AfNS u.a. auch, um die weitere Vernichtung von Akten zu verhindern“ (Wolfgang Schwanitz zit. in: Czichon/Marohn, S. 311).

<sup>48</sup>Die Frankfurter Rundschau gab am 12. April 2002 den früheren Oberbürgermeister von Dresden, Wolfgang Berghofer, wieder, der erklärt habe, dass Modrow ihn nach dem „Sturm aufs große Haus“ am 3. Dezember nach Berlin zu einer Beratung im Haus des Ministerrates mit Gregor Gysi, Markus Wolf und dem „Rest der (SED) Mannschaft“ gerufen habe. Nach dem er (Berghofer) abgelehnt habe, die Führung der SED zu übernehmen, habe Gregor Gysi das dann übernommen. Modrow habe gesagt: „Genossen, wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige!“. Das müssten, habe Modrow erläutert, Verantwortliche sein, „zu denen es in der Gesellschaft schnell einen Konsens gibt und die Massen sagen, jawohl, das sind die Schuldigen.“ Dazu habe Modrow dann „das Ministerium für Staatssicherheit“ genannt. Wolf habe Einspruch erhoben, aber Modrow ihn beruhigt, „die Aufklärung des MfS halten wir selbstverständlich aus dieser Einschätzung heraus“. Danach sei Wolf „einverstanden“ gewesen. Laut „Tagespiegel“ vom 13. April 2007 habe Gysi das „Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007“ über seine Anwälte ultimativ aufgefordert, eine Passage in dem Buch nicht mehr zu verbreiten, die besagte, dass er an dem Treffen auf Einladung von Ministerpräsident Hans Modrow am

Es mutet seltsam an, dass Modrow selbst einräumte, dass gegen ihn „zahlreiche Geheimdienste wirkten“, und durch die BND-Agenten „dem Bundeskanzleramt ständig Informationen zuflossen.“<sup>49</sup> Zu einem selbstkritischen Eingeständnis, dass seine Regierung dem tatenlos zuschaute, konnte er sich dennoch nicht aufraffen.

Als ich Anfang 1990 las, dass die „FAZ“ Modrow „Achtung zollt“, fiel mir August Bebels Warnung ein, dass man einen Fehler gemacht haben muss, wenn der Klassengegner Lob spendet. Dann reihte sich auch noch Edzart Reuter, der Aufsichtsratsvorsitzende des Daimler-Benz-Konzerns, unter diejenigen ein, die Modrow als „Hoffnungsträger“ feierten. Wahrscheinlich war Ausgangspunkt, dass Modrow, als die Krise der DDR im Herbst 1989 mit den Protesten in Dresden (wo Modrow Sekretär der Bezirksleitung der SED war) einen Höhepunkt erreichte, zusammen mit Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer an der Spitze einer Demonstration lief, der die Losung vorangetragen wurde: „Weg mit der SED“. Zu seinen „Dialogpartnern“, mit denen er „eingetretene Verzerrungen der sozialistischen Gesellschaft“ überwinden wollte, gehörte Arnold Vaats, später Minister der Biedenkopf-Regierung in Sachsen, dessen fanatisch antikommunistische und DDR-feindliche Gesinnung schon zu dieser Zeit hinreichend bekannt war. Als Modrow die Regierungsgeschäfte übernahm, mussten ihm die Dresdner Ereignisse also genügend Erfahrungen vermittelt haben, dass er es nicht nur mit berechtigten und auch nicht berechtigten Forderungen von Oppositionellen zu tun hatte, sondern dass unter ihrem Dach zunehmend offen die Konterrevolution antrat. Vielleicht weckte Modrow auch „Hoffnungen“, weil er sich in klarer Distanzierung zur DKP als „Nicht-Kommunist“ positionierte.<sup>50</sup>

---

3. Dezember 1989, teilgenommen habe. Er bestreite, eingeladen oder gar dabei gewesen zu sein. Auch habe er keine Kenntnis über den Inhalt des „angeblichen Treffens“ gehabt. Hier ist anzumerken, dass unabhängig davon, ob die betreffenden Behauptungen der Wahrheit entsprechen oder nicht, die Aussagen von Engelhardt beweisen, dass diese Haltung gegenüber dem MfS von Modrow und seiner Regierung so praktiziert wurde.

<sup>49</sup>Zitate aus seinem angeführten Buch.

<sup>50</sup>In seinem Buch beantwortete er die Frage seines Ko-Autors H. D. Schütt, „Sind sie Kommunist?“ mit einem klaren „Nein“. Dazu führte er den lächerlichen „Beweis“ an, er habe „im Gegensatz zu anderen in der DDR auch nie mit ‚kommunistischen Grüßen‘ unterschrieben. Und zwar deshalb nicht, weil ich nie dieses eingeeingte Verständnis von Kommunismus hatte.“ Fest steht wohl, die Funktionäre der SED fühlten sich zu DDR-Zeiten im Sinne von Marx als Kommunisten, womit das Bekenntnis zum Endziel der sozialistischen Revolution ausgedrückt wurde. Dass eine wahrscheinlich große Mehrheit davon dann nichts mehr wissen wollte, steht auf einem anderen Blatt. Modrow wich bei der Verneinung, Kommunist zu sein, einer klaren Antwort aus, ob dieses weltanschauliche Bekenntnis sich schon auf seine DDR-Zeit bezog. Geäußert wird er sich früher so wohl kaum haben. Wie sonst hätte er es bis in ZK und an die Spitze einer SED-Betriebsleitung

Dazu konnte auch beitragen, dass Modrows Stellvertreterin und Wirtschaftsministerin, Christa Luft, Kohls Konzept der „Währungs- und Wirtschaftsunion“, das der Wegbereitung des Anschlusses der DDR an die BRD nach Artikel 23 GG diene, „faszinierend“ und auch „wünschenswert“ fand.<sup>51</sup>

## 7 CIA-General Walters übernimmt Kommando

Im Vergleich mit der Entwicklung in Italien muss man sich schließlich einmal vorstellen, dass zu dieser Zeit in Bonn der bereits erwähnte Vernon A. Walters eintraf, um als Botschafter die Zügel bei der Einverleibung der DDR in Modrows „Neues Deutschland“ in die Hand zu nehmen.<sup>52</sup> Zu seiner Unterstützung hatte US-Präsident Bush sen. eine „European Strategy Steering Group“ unter Leitung von Vize-Sicherheitschef Robert Gates gebildet, die in Bonn durchsetzte, der DDR „jede wirtschaftliche Unterstützung zu verweigern, bis tiefgreifende politische Reformen eingeleitet“ seien.

Den Drei Sterne-General kannte ich aus meiner Arbeit in Italien. Zur Zeit als Aldo Moro 1963 seine erste Regierung mit den Sozialisten plante, war er, damals noch Oberst, Militärattaché an der Botschaft in Rom und forderte, dass „die Vereinigten Staaten ohne zu zögern das Land militärisch besetzen müssten“.<sup>53</sup> Dazu bereitete er mit neofaschistischen Offizieren und der geheimen NATO-Truppe Gladio einen Staatsstreich vor. Unter Präsident John F. Kennedy wurde der Putsch, nachdem Details davon in der Öffentlichkeit bekannt geworden waren, jedoch abgeblasen. Nach seinem Italieneinsatz wurde Walters, der in den USA „the lone wolf“ genannt wurde, eine Schlüsselfigur der Militärischen Aufklärung (DIA), avancierte später unter Präsident Richard Nixon im Generalsrang zum stellvertretenden CIA-Direktor und war an der Ausarbeitung des Szenariums für den Putsch gegen Allende (Centauroplan) beteiligt.<sup>54</sup> Die Vietnam-Aggression der USA, mit über drei Millionen toten Vietnamesen, die fast ganz Nordvietnam in Trümmer legte und 58.000 GI das Leben kostete, war für ihn „einer der nobelsten Kriege“ der USA. Während meiner diplomatischen Tätigkeit in Kinshasa begegnete ich ihm 1986 auch persönlich.<sup>55</sup> Er zog die Fäden zur Unterstützung der Rebellenbewegung der

---

gebracht? Ausführlich siehe Rezension des Buches.

<sup>51</sup>Zit. in: Czichon/Marohn, S. 392.

<sup>52</sup>Siehe Klaus Eichner/Ernst Langrock: Der Drahtzieher. Vernon Walters – Ein Geheimdienstgeneral des kalten Krieges. Berlin 2005.

<sup>53</sup>Roberto Faenza: Il Malaffare, Mailand 1976, S. 310.

<sup>54</sup>Vernon A. Walters: In vertraulicher Mission. München 1990.

<sup>55</sup>So auf einem Empfang, den der USA-Botschafter für Walters gab. Informationen zu seiner

kolonialen Marionette Jonas Savimbi in Angola gegen die antiimperialistische Regierung unter Dos Santos in Luanda durch das Mobuto-Regime in Zaire und die Apartheid-Regierung Südafrikas. So musste also klar sein, wer in Bonn im Diplomatenzug das Kommando übernahm, um wie der „FAZ“ vom 10. Januar 1990 zu entnehmen war, „die letzte Ölung zu geben, bevor der Patient (die DDR) stirbt“, oder anderes ausgedrückt, „dem sowjetischen Sicherheitssystem das Herz herauszureißen“.<sup>56</sup>

Der Bericht in der „FAZ“ konnte Modrow kaum entgangen sein. Er hatte sich ein paar erfahrene Journalisten, darunter den Pressechef des MfAA,<sup>57</sup> Wolfgang Meyer, und aus dem „ADN“ u. a. den Stellvertretenden Generaldirektor, Ralf Bachmann, in sein Team geholt. Meyer wurde im Ministerrang sein Pressesprecher. Sie beherrschten ihr Metier aus dem Effeff und fertigten dem Regierungschef natürlich täglich die Presseschau.

Bachmann und Meyer kannte ich aus meiner Zeit im „ADN“. Meyer wurde nach mehreren Auslandseinsätzen, u. a. bei der UNO in New York, 1971 Nachrichtenchef und wechselte dann zur Agitationskommission des ZK der SED. Von dort avancierte er zum Leiter der Hauptabteilung Presse des Außenministeriums und war in dieser hochrangigen Funktion auch der Medienkoordinator der Auslandsreisen Erich Honeckers. Bald galt er als Pressesprecher der Partei- und Staatsführung. Für solche Funktionen mussten Journalisten in der DDR eine hohe fachliche Qualifikation mitbringen. Über sie verfügte Meyer mit seinen Auslandserfahrungen, soliden Sprachkenntnissen, hervorragenden redaktionellen Fähigkeiten und einem ausgezeichneten Organisationstalent ohne jeden Zweifel. Was ihn für diesen Posten aber besonders prädestinierte, war - im Urteil von Mitarbeitern -, dass er ohne jeden Widerspruch und ohne von seinen sicher begrenzten Möglichkeiten der Kritik Gebrauch zu machen, alle Weisungen bedingungslos ausführte.

Vor Bachmann stieg Meyer in der Modrow-Regierung im Herbst 1989 zum Regierungssprecher im Ministerrang auf. Mehr als nachdenklich stimmen musste nun, dass frühere Spitzenfunktionäre wie Meyer und Bachmann ihre eingeübte Linie der Anpassung und Unterordnung auch unter veränderten Bedingungen fortsetzten, dabei viele ihrer bisherigen Überzeugungen bedenkenlos über Bord warfen und sich, ganz nach dem Beispiel des Ministerpräsidenten, in keinerlei Hinsicht zu dem zu erwartenden Schicksal der DDR bei einem Anschluss an die Bundesrepublik äußerten. Denn auch Modrow, dass muss hier

---

„Mission“ erhielt ich vom Botschafter Angolas in Kinshasa.

<sup>56</sup>Nachzulesen auch in seinem Buch „Die Vereinigung war voraussehbar“, München 1994.

<sup>57</sup>Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR.

schon eingefügt werden, hat als Bezirkschef der SED in Dresden stets alle Weisungen seines Chefs ausgeführt und laut Anklage der bundesdeutschen Justiz auch zu den Kommunalwahlen im Mai 1989 die Ergebnisse manipuliert, was Modrow vor Gericht nicht bestritt.

Die DDR-Journalistin Edith Spielhagen hat 1993 unter dem diffamierenden Titel „So durften wir glauben zu kämpfen“ eine Schrift herausgegeben, in der Wolfgang Thierse zur Gründung der DDR bemerkte, sie sei eine „Mischung aus Irrationalität und Brutalität, von Byzantinismus und Banalität“ gewesen. Der spätere Bundestagspräsident stellte den sozialistischen deutschen Staat durch die Phrase von „insgesamt 60 Jahren zweier unterschiedlicher autoritärer Regimes“ mit der faschistischen Diktatur de facto auf eine Stufe. Wolfgang Meyer hinderte das nicht, sich an diesem Machwerk mit einem Beitrag „DDR-Medien im demokratischen Aufbruch“ zu beteiligen und der „Bürgerrechtsbewegung“ zu bescheinigen, es sei ihr „um eine bessere, d. h. demokratische DDR“ gegangen.<sup>58</sup> Das war die herauszuhebende Grundtendenz des Beitrages, von dem, das möchte ich betonen, nicht alles zu verwerfen war.<sup>59</sup>

Ralf Bachmann schrieb das Buch „Ich bin der Herr und wer bist Du“ (Dietzverlag; Berlin, 1995).<sup>60</sup> Bachmann, stieg im ADN zum Leiter der Auslandsredaktion auf und war zuletzt einer der Stellvertreter des Generaldirektors. Auch Bachmann, den ich im ADN als einen sympathischen Kollegen kennen lernte, diente von der Pike auf und zeichnete sich durch brillanten Journalismus aus. In seinem Buch schildert er die Höhen und Tiefen eines Journalistenlebens in der DDR.

Knapp zwei Wochen nach der bekannt gewordenen Äußerung von Vernon Walters, wie die USA gedachten, mit der DDR Schluss zu machen, traf sich Modrow mit mehreren seiner Minister zu einer „konstruktiven Debatte“ über eine „neue Etappe der Umgestaltung“, die er als eine „revolutionäre Übergangszeit“ charakterisierte, mit dem Oppositionsgremium des „Runden Tisches“.<sup>61</sup> Mit dem Slogan von einer „revolutionären Übergangszeit“ übernahm Modrow schließlich die Losung von der „friedlichen Revolution“ unter der in Wirklichkeit

---

<sup>58</sup>Dass das in einigen Fällen, so auch bei dem gerade erwähnten Jens Reich, zutrifft, soll hier nicht verschwiegen werden.

<sup>59</sup>Meyer wurde später Geschäftsführer des Instituts für angewandte Wirtschafts- u. Sozialforschung „Conkret“ in Berlin und von 1999 bis 2005 Mitarbeiter Hans Modrows als PDS-Ehrenvorsitzender. Danach war er Mitarbeiter in der Zentrale der Partei Die Linke Berlin.

<sup>60</sup>Der Titel spielt auf das Politbüro-Mitglied Achim Hermann, Verantwortlicher für die Massenmedien, an. Ich komme darauf noch zu sprechen.

<sup>61</sup>So der Titel im ND vom 23. Januar 1990.

die Konterrevolution antrat. Modrow nutzte nun das Treffen mit dem „Runden Tisch“ nicht etwa, um die von General Walters angekündigten Pläne der USA, die in Bonn von Kanzler Kohl zustimmend aufgenommen wurden, zu enthüllen und die Vertreter der Bürgerbewegung aufzufordern, dagegen vorzugehen. Nein, er erklärte in völliger Missachtung dieser drohenden Gefahren, „wir stehen vor einer neuen Etappe der tiefgreifenden Umwälzung, die sich in unserem Land vollzieht“. Dazu suchte er Konsens mit den oppositionellen „Runden Tisch“-Vertretern und bot ihnen an, in seine Regierung einzutreten,<sup>62</sup> um eine „große Koalition“ zu bilden. Für ein bevorstehendes Treffen mit Bundeskanzler Kohl lud er Vertreter der am Runden Tisch vertretenen Parteien zur Teilnahme ein.

Während der Regierungschef mit den „Runden Tisch“-Vertretern über die Aufgaben in einer „neuen Etappe“ der „revolutionären Übergangszeit“ debattierte, brachen unter dem gezielten Einfluss dieser Opposition (die in den Kasernen ein- und ausgehen konnte) in 40 Kasernen bzw. Truppenteilen der NVA Soldatenstreiks aus und in einigen Dienststellen wurden Soldatenräte gebildet, die den Strafbestand der Meuterei erfüllten (§ 259 Militärgerichtsordnung der NVA). Der Minister, Admiral Theodor Hoffmann, begab sich zu einer Versammlung der Streikenden in Beelitz und stimmte ihren Forderungen im Wesentlichen zu. Den Vorschlag von Kommandeuren, das Fallschirmjägerbattalion gegen die Meuterer einzusetzen, lehnte er ab, da er das, wie er begründete, „für altes Denken“ hielt und er damit „den friedlichen Charakter der Wende in der NVA verletzt“ hätte.<sup>63</sup> Für Modrow war auch das kein Anlass, das Thema in seiner Debatte mit dem „Runden Tisch“ zur Sprache zu bringen.

## 8 Selbstzerfleischung

In diesem Kontext ein Wort dazu, wie die PDS und Regierungschef Modrow sich bei der Bürgerbewegung anbiederten, gleichzeitig in der Partei ein Selbstzerfleischungsprozess stattfand, der in dem Ausschluss führender Vertreter der SED, vor allem aber nicht nur, Mitgliedern des Politbüros, und in der Diskriminierung des MfS, dass „den Medien zum Fraß“ vorgeworfen wurde,<sup>64</sup> gipfelte. Bei diesem an den Pranger stellen der bisherigen Parteiführung musste man sich nicht wundern, dass die dem Sozialismus feindlich gegenüber stehenden Oppositionellen das aufgriffen und ihre wütenden und oft hasserfüllten Angrif-

<sup>62</sup>Der Vorschlag wurde dann auch angenommen.

<sup>63</sup>Siehe Markus/Rudolf im folgenden Abschnitt.

<sup>64</sup>Siehe Engelhardt weiter oben.

fe neben dem MfS vor allem auf Honecker und das Politbüro konzentrierten. Es war beschämend, dass der Regierungschef sich nicht traute, seinem langjährigen Partei- und Staatschef, nachdem diesem seine Wohnung in Wandlitz gekündigt worden war, vor der Verfolgung in einer gesicherten Unterkunft unterzubringen. Der Rechtsanwalt Wolfgang Vogel vermittelte, dass ihn der Pfarrer Uwe Holmer und seine Frau im Pfarrhaus in Lobetal aufnehmen.<sup>65</sup> Modrows Regierungskurs, der flankiert wurde durch die „Reform“-Politik der PDS unter Gysi wirkte sich auch auf die Justizbehörden aus. Die Staatsanwaltschaft reihte sich mit der Verhaftung Honeckers in die Kampagne zur Ausschaltung der Partei ein.<sup>66</sup>

Sicher, mit der Parteiführung lag vieles im Argen und Korrekturen waren dringend erforderlich. Man hätte sich in dieser Situation aber dabei an Fried-

<sup>65</sup>Honecker wurde am 1. Dezember aus der SED ausgeschlossen. Im Ermittlungsverfahren wurde er beschuldigt, seine Funktion als Generalsekretär, Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates „zum Vermögensvorteil für sich und andere missbraucht zu haben“. Später kam noch eine Anklage wegen des „Schießbefehls“ an der „innerdeutschen Grenze“ hinzu. Nach einer Krebs-Operation (Nierentumor) wurde er am 28. Januar 1990 in seinem Krankenzimmer der Charité festgenommen, am nächsten Tag in das Haftkrankenhaus des Gefängnisses Berlin-Rummelsburg eingeliefert, einen Tag später wegen Haftunfähigkeit entlassen. Am 13. März 1991 wurde er mit einem sowjetischen Militärflugzeug nach Moskau gebracht. Vor der Auslieferung in die BRD durch die russische Regierung unter Boris Jelzin floh er mit seiner Frau am 11. Dezember 1991 in die chilenische Botschaft. Da sich Chile anschickte ihn an die BRD auszuliefern, verließen die Honeckers am 29. Juli 1992 die chilenische Botschaft. Honecker wurde nach Berlin ausgeflogen und bei seiner Ankuft verhaftet und in die Justizvollzugsanstalt Moabit eingeliefert. Margot Honecker flog mit einer Aeroflot-Maschine nach Santiago de Chile, wo sie bei ihrer Tochter Sonja unterkam und bis zu ihrem Tod am 6. Mai 2016 lebte. Der Prozess gegen Honecker war umstritten, weil die BRD-Justiz einen Politiker anklagte, den sie noch 1987 in Bonn, München und anderen Städten mit allen protokollarischen Ehren empfangen hatte. Honeckers Rede am 3. Dezember 1992 vor dem Tribunal erregte international großes Aufsehen. Er übernahm die politische Verantwortung für „die Toten an der Mauer“, wies aber jede „juristische oder moralische Schuld“ zurück, rechtfertigte den Bau „der Mauer“, da anders ein „dritter Weltkrieg mit Millionen Toten“ nicht zu verhindern gewesen sei, und diese Maßnahme die Zustimmung der sozialistischen Führungen sämtlicher Ostblockstaaten erhalten hatte. Unter Berufung auf die fortgeschrittene schwere Krebserkrankung wurde das Verfahren letztendlich auf Forderung seiner Anwälte am 13. Januar 1993 eingestellt und der Haftbefehl aufgehoben. Honecker flog darauf nach Santiago de Chile zu seiner Frau und seiner Tochter. Am 29. Mai 1994 erlag er seiner schweren Krebserkrankung.

<sup>66</sup>Im Dezember leitete die Staatsanwaltschaft gegen 30 ehemalige DDR-Spitzenfunktionäre Ermittlungen ein, unter ihnen Honecker und zehn Mitglieder des Politbüros. Die meisten davon kamen in Untersuchungshaft. Sie wurden persönlicher Bereicherung und Vergeudung von Volksvermögen beschuldigt.

rich Engels erinnern sollen, der einst davor gewarnt hatte, in Situationen der scharfen Klassenauseinandersetzung über den einzuschlagenden Weg nicht zu sehr zurückzuschauen, sondern sich nach vorwärts zu orientieren.<sup>67</sup> Aber Rat bei den Klassikern zu suchen, war den Protagonisten dieser „Wende“ fremd. Sie suchten, wie unter anderem die folgenden Ausführungen Gregor Gysis vor dem Parteivorstand der PDS im Juni 1990 zeigten, ihr Heil auf den ausgetretenen Pfaden der Sozialdemokratie.

Ich will die gravierenden Probleme in der Parteiführung nicht herunterspielen, aber zur Differenzierung einige Erfahrungen aus meiner eigenen Arbeit anführen. Als Auslandskorrespondent in Rom lernte ich bei nicht wenigen Arbeitsterminen Achim Hermann, meinen Chef im ND, näher kennen.<sup>68</sup> Wie Günter Pötschke im ADN<sup>69</sup> genoss er den Ruf eines talentierten Journalisten, der von der Pike auf an die Spitze gekommen war. Jahrgang 1928, in einem Berliner Arbeiterbezirk geboren, kam er aus den ärmsten Schichten des Proletariats, hatte es dennoch, sicher auf Grund seines sprichwörtlichen Fleißes, geschafft, die Realschule zu absolvieren. Nach dem Krieg begann er als 17-jähriger in einem Berliner Verlag als Zeitungspacker zu arbeiten. Später wurde er Büroboter. Er ging einen selbst für DDR-Verhältnisse fast einmaligen Werdegang, war bereits 1950 stellvertretender Chefredakteur der jungen Welt und stieg zwei Jahre später zum Chef der FDJ-Zeitung auf. 1962 wurde er Chefredakteur der Berliner Zeitung, die einen traditionsreichen Ruf besaß. Viele Leser wussten gar nicht, dass sie Organ der Bezirksleitung der SED war. Und so ging es für Achim weiter auf der Karriereleiter: Chef des kurzzeitig gebildeten Staatssekretariats für westdeutsche Fragen, eines Pendant des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Aufnahme ins Zentralkomitee der SED, Chefredakteur des Zentralorgans Neues Deutschland und schließlich als Mitglied ins Politbüro.

Er stand im Ruf fleißig, gewissenhaft und korrekt zu sein, ein journalistischer Leiter, der sein Metier aus dem Effeff beherrschte, war in allen Zeitungen ein beliebter Kollege, freundlich im Umgang mit den Mitarbeitern. Auch wenn man ihn ein „Arbeitstier“ nannte, war das nicht abschätzig, sondern anerkennend gemeint. Seine Bescheidenheit war sprichwörtlich, aber natürlich und ungekünstelt. Ebenso war seine Frau Gisela. Als er nach Wandlitz umsiedeln

<sup>67</sup>„Wir sind noch weit davon entfernt, einen offenen Kampf führen zu können“, hatte er am 31. Januar 1991 an Paul Lafargue geschrieben und die Pflicht betont, „keine Niederlage zu erleiden, sondern, wenn der Augenblick gekommen ist, in der ersten großen Schlacht zu siegen. Dieser Überlegung ordne ich jede andere unter“. MEW, Bd. 38, Berlin/DDR 1968, S. 20.

<sup>68</sup>Siehe Umbruchsjahre in Italien, S. 144 ff.

<sup>69</sup>Er begann als Redakteur, stieg zum Chefredakteur auf und war zuletzt Generaldirektor.

musste, blieb sie in der Woche, aber oft auch über Sonnabend/Sonntag in Berlin in einer kleinen Wohnung und arbeitete als Kulturchefin in der Berliner Zeitung weiter.

Nach Werner Lamertz Tod<sup>70</sup> wurde Achim Hermann 1978 dessen Nachfolger als Verantwortlicher für Agitation und Propaganda im Zentralkomitee und war damit für die Anleitung aller Medien zuständig, was schon vor ihm allgemein als Gängelei und Bevormundung empfunden wurde.

Aber es war schon so, dass von da ab seine Beliebtheit unter den Kollegen rapide sank. Nach der „Wende“ sahen nicht wenige von ihnen die Stunde der Abrechnung gekommen und ergingen sich in üblen Attacken gegen ihn, bis zu Anklagen, er sei ein „böser Mensch“ geworden, der „durchs Telefon brüllte“ und nur noch Honeckers „Politbürobote“ gewesen sei. Sein langjähriger Stellvertreter in der jungen Welt, Manfred Gebhardt, hat das in einem Beitrag der heute noch existierenden Zeitung vom 28. Oktober 2008 „Auf der Höhe. Vom Büro- zum Politbüroboten. Joachim Hermann, eine fast vergessene DDR-Karriere“ geschildert.

Achim Hermann hat sich, im Gegensatz zu anderen aus der Parteiführung, aber auch früheren Mitarbeitern, nach der „Wende“ zu seiner Arbeit öffentlich nicht geäußert, nichts relativiert, nichts widerrufen. Er verstarb 1992. Wenn man dem Prinzip folgt, vom Positiven und Guten auszugehen, dann kann ich nur sagen, ich habe Achim Hermann in guter Erinnerung als einen Menschen und Kollegen, der sich für die DDR als eine bessere und sozial gerechte Gesellschaft einsetzte und dabei seine Kräfte nicht schonte. Die Geschichte hat schon immer ihren Weg über Irrtümer und Fehler genommen.

Die im Wesentlichen auf Achim Hermann zutreffende Einschätzung entbehrt eigentlich nur eines Faktus. So haben es alle, auch auf den unteren Stufen der Ebene gemacht. Eingeführt wurde diese widerspruchslose Unterordnung übrigens nicht erst von Achim Hermann, sondern generell mit Honeckers Amtsantritt als Parteichef. Ich habe das als Redaktionsleiter für Bildung, Wissenschaft und Technik im ADN selbst erlebt, als ich über die Umbenennung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Akademie der Wissenschaften der DDR im Oktober 1972 zu berichten hatte. Bei dem Staatsakt im Staatsratsgebäude erhielten wir eine vorbereitete Nachricht, mit der Bemerkung, daran

<sup>70</sup>Lamertz stürzte während eines Besuchs bei Libyens Staatschef mit einem Großraum-Hubschrauber Super Frelon beim Start zum Rückflug von einem Treffen mit Gadhafi in dessen Wüstenresidenz in Wadi suf al Jin ab. Bei dem Absturz kamen alle elf Insassen ums Leben, darunter der Leiter der ZK-Abteilung für Internationale Verbindungen, Paul Markowski, und unser Kollege, der Fotoreporter Hans Joachim Spremberg. Die Ursachen des Absturzes waren umstritten.

nichts zu verändern, in die Hand gedrückt. Ich habe, bevor ich nach Vietnam ging, unter Walter Ulbricht noch eine andere Praxis kennen gelernt. Als Redakteur in der Innenpolitik war ich damals bereits für Termine im Staatsrat zuständig. Da war es dem Berichtersteller noch völlig selbst überlassen, das Thema zu gestalten. Und es war üblich, dass Ulbricht so viel Zeit fand, sich mal bei den Journalisten blicken zu lassen. Übrigens haben wir in der Redaktion an der Nachricht über die Akademieumbenennung stilistisch einiges verändert, ohne das es Probleme gab.

Was Achim Hermann im Auftrag Honeckers später den Leitern der Medien auftrag, haben diese meist ohne Widerspruch entgegengenommen und so gegenüber ihren Mitarbeitern durchgesetzt. Und das waren die nachgeordneten Chefs der Bereiche, Abteilungen und Redaktionen. Was Wolfgang Meyer betrifft so erhielt er seine Weisungen direkt von Honecker und führte sie so aus. Das war für Modrow kein Hindernis, ihn zu seinem Presse-Chef und Minister zu ernennen. Vielleicht war er gerade deswegen dafür geeignet. Denn kritische Meinungen waren weiterhin nicht gefragt.

## 9 Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Am 18. Mai 1990 wurde zwischen der DDR und der BRD in einem Staatsvertrag beschlossen, am 1. Juli 1990 eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu bilden. Der allgemein dafür verwandte Begriff Währungsunion griff jedoch zu kurz. Die DDR verlor nicht nur ihre Währungshoheit, sondern ebenso ihre Geschäftsfähigkeit über die Wirtschaft einschließlich ihres Außenhandels und aller damit zusammenhängenden Verwaltungsfragen. So übernahm die Treuhandanstalt 7.894 Volkseigene Betriebe mit vier Millionen Beschäftigten, etwa 40 Prozent aller Arbeitskräfte, sowie eine mehr als die Hälfte der DDR umfassende Grundfläche. Dazu gehörten auch Kraftwerke und Bergbauunternehmen, ausgedehnte Ländereien mit land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie Hotels und Gaststätten bis hin zu Zirkusbetrieben. Praktisch war die Treuhandanstalt damit für den Großteil der DDR-Wirtschaft zuständig. Es war faktisch der wirtschaftlich und währungspolitisch vorweggenommene staatliche Anschluss an die BRD. Der Staatsvertrag legte fest, dass die DM am 1. Juli Zahlungsmittel in der DDR wurde. Nach einem gestaffelten Umtauschkurs wurden den DDR-Bürgern ab 60 Jahre bis zu 6.000, Erwachsenen darunter bis zu 4.000 und Kindern bis 14 Jahren bis zu 2.000 DDR-Mark 1:1 in DM umgetauscht. Darüber liegende Sparguthaben wurden 2:1 abgewertet. Das bedeutete, dass die Regierung der BRD den „Brüdern und Schwestern“,

wie die DDR-Bürger immer genannt worden waren, mehrheitlich die Hälfte ihrer Ersparnisse raubte.

Das Bekanntwerden dieser im Staatsvertrag beschlossenen Maßnahmen führte bereits im Vorfeld seines Inkrafttretens in der PDS zu kritischen Auseinandersetzungen darüber, dass die Führung dem zu wenig oder auch keinen Widerstand entgegengesetzt hatte und zwang Gregor Gysi auf der Sitzung des Parteivorstandes Mitte Juni, sich dazu zu äußern.<sup>71</sup>

Hier einige Gesichtspunkte des widersprüchlichen Mischmasch von einigen Eingeständnissen, des Relativierens einiger unmittelbar nach der „Wende“ verkündeter Alternativen und in der Substanz an ihrem Festhalten. So versuchte Gysi selbst jetzt Ursachen dieses mit der Währungsunion zu erwartenden Überstülpens des kapitalistischen Systems auf die DDR zu beziehen, in der kein Sozialismus, noch nicht einmal deformierter geherrscht habe, sondern einfach nur „Nichtkapitalismus“. Er musste nun zugeben, dass jetzt „Kapitalismus pur“ komme, beharrte gleichzeitig darauf, dass, um aus den Fehlern der DDR zu lernen, „wir einen guten Schuss bürgerlichen Parlamentarismus gebrauchen“ und eine effizientere Wirtschaft und „marktwirtschaftliche Elemente“. Er erneuerte das Angebot an die SPD, unter „sozialistischen Vorzeichen“ (wie sie die PDS nun vertrat) könne „ein Zusammengehen mit der SPD natürlich ausgesprochen positive Elemente haben“. Zu diesen zählte er ausdrücklich ihren Hang zur „Effizienz der Wirtschaft, ihren Hang zur Demokratie“. Dann beschwichtigend an die Kritiker, einen „Frieden mit dem Kapital“, wie ihn die Sozialdemokratie (das bezog sich auf die Geschichte) gemacht habe, werde die PDS nicht machen. Aber, so entschuldigte er, auch in der DDR sei ja „der erste Versuch einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft gescheitert, um im nächsten Satz zu loben,

<sup>71</sup>Nach der Rückkehr aus Kinshasa hatte ich eine Dozentur am Institut für Internationale Beziehungen (IIB) in Potsdam-Babelsberg (das Diplomaten-Kolleg des MfAA der DDR) angenommen, war Stellvertreter des Lehrstuhlleiters für internationale Beziehungen und Leiter der Qualifizierungslehrgänge der höheren Diplomaten (Botschafter und Stellvertreter) geworden. Nach Versuchen der Einmischung in meine Lehrtätigkeit durch das MfAA legte ich diese Funktion 1980 nieder und wurde von der Dozentur suspendiert. Am IIB herrschte bereits eine recht kritische Atmosphäre, mein Schritt fand Verständnis (am Institut, nicht im MfAA, wo ich scharf kritisiert wurde) und man wollte möglichst Aufsehen vermeiden. So nahm ich den Vorschlag an, die Leitung der vom IIB herausgegebenen Zeitschrift für Asien-Afrika-Lateinamerika zu übernehmen, wurde damit Mitglied der Institutsleitung und kam als Chefredakteur der angesehenen Wissenschaftszeitschrift mit vielen Leuten in hochrangigen Funktionen in Kontakt und erhielt Kenntnis von manchem Insiderwissen, darunter auch aus der ADN-Leitung und über sie, einiges von dem, was in der Regierung von Modrow vorging. Außerdem gehörte ich bis zu meinem Austritt aus der PDS 1991 der Basis-Organisation von Marzahn an, die direkte Verbindungen zur PDS-Leitung unterhielt.

dass „der Kapitalismus funktioniert (der Nichtkapitalismus in der DDR eben nicht), einer „Effizienz“ und eine „relative Demokratiefähigkeit entwickelt“ habe“. Einen Gipfel der Demagogie erklomm er in seiner Rede, über die das „ND“ auf einer ganzen Seite berichtete, in Bezug auf die Währungsunion vor dem längst beschlossenen Anschluss an die BRD zu warnen.<sup>72</sup>

Das vorgeblich kritische Nachdenken war bald vergessen. Mitte November 1990 - der Anschluss an die BRD war sechs Wochen alt, die volkseigenen Betriebe wurden platt gemacht, Zehntausende hatten ihre Arbeitsplätze verloren. Wissenschaftler wurden abgewickelt (wie die Entlassungen bei ihnen genannt wurden), mit Brötchen für fünf Pfennige das Stück war Schluss, die Mieten war auf das sechs- bis achtfache angestiegen<sup>73</sup> - stand die Frage, gab es nun einen kritischen Rückblick, Erkenntnisse, dass es anders gelaufen war, als man es erhofft hatte? Nichts dergleichen. Modrow hielt weiter an der „demokratischen Umwälzung des Herbstes 1989“ fest. Dass er nichts unternommen hatte, um den Sturm auf das „Stasi-Hauptquartier“ zu verhindern hielt er weiter für richtig. Dass die Polizei gegen Hausbesetzer in der ‚Mainzer Strasse in Berlin-Friedrichshain brutal vorging (die Zeitungen sprachen von „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“) verurteilte er nicht etwa, sondern meinte nur, das hätte „durch zielstrebiges, gedultiges Bemühen um Dialog“ vermieden werden können. Zwar räumte er ein, dass sich wieder mehr DDR-Bürgerinnen und -Bürger bestimmter „positiver Faktoren“ erinnern, führte aber an „Erfahrungen der DDR“ lediglich an, es habe „keine öffentliche, starke Opposition“ gegeben. Kein Wort dazu, dass er als Ehrenvorsitzender der PDS, wie auch sein Parteichef Gysi nichts unternommen hatten, die Menschen auf der Strasse gegen diesen Anschluss zu mobilisieren.<sup>74</sup> Ich habe selbst an Veranstaltungen dieser Zeit teilgenommen, darunter auch mit Gysi selbst. Der allgemeine Tenor war, so schlimm wird es schon nicht kommen.<sup>75</sup>

<sup>72</sup>Das Ganze setzte das frühere Zentralorgan der SED, das inzwischen zu dem der PDS mutiert war, unter die Überschrift „PDS steht in fundamentaler Kritik zum Kapitalismus“. Die Ausgabe erschien zwei Tage vor dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, am 28. Juni 1990.

<sup>73</sup>Ich war im Februar 1990 an das IIB zurückgekehrt und wieder in die Dozentur eingesetzt worden. Als habilitierter Hochschullehrer wurde ich noch unter der Regierung von De Maiziére bereits im Juni 1990 gekündigt. Die Miete unserer 90 m<sup>2</sup> 4-Zimmer-Neubauwohnung in Berlin-Marzahn stieg von 117 Mark (der DDR) auf 860 DM, an.

<sup>74</sup>„Ein Jahr danach“. Hans Modrow, in „ND“, 17. November 1990.

<sup>75</sup>Deshalb habe ich mich, als Proteste aus Betrieben bekannt wurden, im Herbst 89 bei der Kreisleitung der Partei in Marzahn gemeldet und gefragt, ob ich in einen Betrieb gehen könnte, um mit den Arbeitern zu reden. Ich bin von der Herkunft her Arbeiter, bevor ich 1947 eine Lehre bei der Post aufnahm, bin ich im Martin Hoop-Schacht in

## 10 Bisky: Ein waschechter Opportunist

Ein Beispiel dafür, wie bedenkenlos frühere Überzeugungen über Bord geworfen und opportunistische Positionen bezogen wurden, lieferte Professor Lothar Bisky. „The show must go on“ aus der Serie nl-konkret des Verlags Neues Leben war verdientermaßen ein Renner. Es ging Bisky, der als ein brillanter Medienwissenschaftler galt, um „Unterhaltung am Konzernkabel“. Auch sein im gleichen Verlag erschienen Buch „Geheime Verführer“ war ein Erfolg. In seiner Studie über „Massenkommunikation und Jugend“<sup>76</sup> war er von „Was tun“<sup>77</sup> ausgegangen und hatte herausgearbeitet, dass Lenin sich „ausführlich mit der Entstehung und Verbreitung der sozialistischen Ideologie, mit dem Problem der spontanen Bewußtseinsentwicklung innerhalb der Arbeiterklasse sowie mit dem Charakter sozialistischer Agitation und Propaganda“ beschäftigte. „Wie sozialistisches Bewußtsein“, so verkündete Bisky zu DDR-Zeiten, „nicht etwas aus dem Klassenkampf urwüchsig Entstandenes ist, weil der Sozialismus als Lehre nur das Ergebnis angestrebter wissenschaftlicher Erkenntnisse ist, weil in der kapitalistischen Gesellschaft die bürgerliche Ideologie die herrschende Ideologie ist, kann sich die sozialistische Ideologie nur durchsetzen, indem sie bewußt in den Klassenkampf des Proletariats hineingetragen wird“. Das hatte der Mann tatsächlich geschrieben. Und er hatte betont, dass in der „Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“ dem Nachweis „des Klassencharakters der Massenkommunikation besondere Bedeutung“ zukomme. Und weiter, die „führende Kraft“ des sozialistischen Aufbaus die Arbeiterklasse ist, die ihre führende Rolle nur durch ihre marxistisch-leninistische Partei erfüllen kann“.

Sicher, der Text war hölzern und phrasenhaft, in der Sache aber richtig, wie es die politischen Auseinandersetzungen 1989/90 verdeutlichten. Mit solchen Nachweisen theoretischer Kenntnisse des Marxismus-Lenismus stieg Bisky zum Kulturspezialisten an der Akademie für Gesellschaftswissenschaft des ZK der SED auf. Nach der „Wende“ warf dieser waschechte Opportunist einstige Anschauungen prinzipienlos über Bord und startete eine steile Karriere, wurde

Zwickau ins Bergwerk eingefahren. Ich hatte, auch als ich „Akademiker“ geworden war, nie Probleme, mich mit dem „Mann an der Werkbank“ zu verständigen, zu sprechen. Ich wurde mit Argumenten wie „wir haben alles im Griff“, aber auch „wir wollen nicht schlafende Hunde wecken“ abgespeist.

<sup>76</sup>Massenkommunikation und Jugend. Zur Theorie und Praxis der Massenkommunikation und ihren Einflüssen auf die sozialistische Persönlichkeitsbildung und Bewusstseinsentwicklung Jugendlicher. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1971

<sup>77</sup>W. I. Lenin Was tun. Brennende Fragen unserer Bewegung, Werke, Bd. 5, Berlin/DDR 1958.



1991 bis 1993 Landesvorsitzender der PDS in Brandenburg, stieg im selben Jahr bis 2000 und nochmals von 2003 bis 2007 zu ihrem Bundesvorsitzenden auf. Unter seiner Führung fusionierten die PDS und die westdeutsche WASG (Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative) zur Partei Die Linke. Zusammen mit Oskar Lafontaine war Bisky von 2007 bis 2010 ihr Vorsitzender. 2009 zog er als Spitzenkandidat in das EU-Parlament ein. Von 2007 bis 2010 war er Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken.

## 11 Markus Wolf: in den Grauzonen des Selbstverrats und mithin des Verrats

Im Fahrwasser von Hans Modrow segelte auch der legendäre langjährige Chef der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), des Auslandsnachrichtendienstes der DDR, Markus Wolf.<sup>78</sup> Seinem Buch „Spionagechef im geheimen Krieg“ (deutsche Ausgabe München 1997) war zu entnehmen, dass er allen Ernstes bereits 1990 mit dem Gedanken spielte, ein Angebot der CIA anzunehmen und für diese „eine Aufgabe“ bei der Enttarnung eines „Maulwurf“ im KGB zu übernehmen.<sup>79</sup> Wolf wollte daraus auch ein gutes Geschäft für sich machen und bestand auf einer „verdeckten Form der Zusammenarbeit“, um „nicht mein Gesicht zu verlieren“. Ein Verlag oder eine Filmgesellschaft sollten ihn zur Vermarktung seines Buches in die USA einladen. Die CIA war jedoch in Zeitnot, und wollte Wolfs sofortige Bereitschaft, „zu beraten“ und „zu helfen“. Daran scheiterte das Vorhaben dann.

Bei der Vermarktung seines Buches ließ Wolf dann linke Verlage außen vor<sup>80</sup> und unterwarf sich, ganz offensichtlich aus Gründen der Honorarhöhe, den Bedingungen des New Yorker Random House. Dem Verlag, der heute zu Bertelsmann gehört, überließ er die Weltrechte und die Filmrechte dazu. Das Buch erschien, von Ghostwritern auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnitten, in Lizenzausgaben in vierzehn Ländern in elf Sprachen. Für die englischsprachige Ausgabe, die unter dem Titel „The man without a face“ (Der Mann ohne Gesicht) erschien, engagierte Wolf als Ko-Autor nicht etwa einen renommierten linken Publizisten, von denen es in den USA oder Großbritannien nicht wenige gab, sondern die frühere stellvertretende Chefredakteurin des konservativen

<sup>78</sup>Von 1952-1986.

<sup>79</sup>Ich habe das Buch in „Marxistische Blätter“, 2/1998 rezensiert: „Markus Wolfs Memoiren“.

<sup>80</sup>Ich habe damals einige Verlage kontaktiert und erfahren, dass keine Angebote auf Anfragen eingingen.

„Spectator“ Anne McElvoy, die von 1988 bis 1992 Korrespondentin der Londoner „Times“ in der DDR bzw. Berlin war.<sup>81</sup>

Bei ihr wie anderen Helfern, darunter dem langjährigen „Stern“-Journalisten Kai Herrmann, bedankte er sich „für Rat, Unterstützung und die ... bezeugte Solidarität und Hilfe“ bei der Vorbereitung der Ausgabe. Die damals 31-jährige McElvoy, „dankte“ es ihm, indem sie ihn in der „FAZ“ im Juni 1997 durch den Kakao zog, sich als seinen „moralischer Fitnißtrainer“ brüstete, ihm „merkwürdig unterentwickelte moralische Maßstäbe“ nachsagte und als „Monstrum“ charakterisierte. Wolf konnte sich trösten, denn mit dem Buch soll er zweistellige Millionenbeträge eingefahren haben.

Als die „Welt am Sonntag“ (WaS), zu deren Themen sonst die Schürung der „Stasi“-Hysterie gehörte, ihm auf ganzen zwei Seiten<sup>82</sup> einen recht wohlwollenden, mit viel, wenn auch verstecktem, Lob geschmückten Beitrag widmete, bescheinigte er ihr dafür, dass der Sozialismus „ein deformiertes System war“ und die Jahre nach dem Untergang der DDR zwar die „vielleicht schwersten“ aber auch „die schönsten“ seines Lebens waren. Er versuchte zwar, das an der Ehe-Idylle mit seiner über zwei Jahrzehnte jüngeren dritten Frau festzumachen, zu der er von sich gab, „ich wusste nicht, dass es ein so erfülltes Leben geben kann.“ Damit das Ganze nicht nach offenem Renegatentum aussieht, bescheinigte ihm die „WaS“ dass „er Kommunist blieb“ und von ihm Verrat „nicht zu haben war. Wirklich nicht?“

Gabriele Gast, eine der erfolgreichsten Kundschafterinnen der HVA, sah das anders.<sup>83</sup> Die hochintelligente Wissenschaftlerin arbeitete seit 1973 in der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes (BND), wo sie bis zur Regierungsdirektorin aufstieg. Sie war über eineinhalb Jahrzehnte die wichtigste Quelle der HVA in Pullach und Wolf leitete ihre Tätigkeit viele Jahre selbst. Ihre Enttarnung gelang, weil der Oberst der HVA Karl-Christoph Großmann (nicht verwandt mit dem letzten HVA-Chef Werner Großmann) sie an den BND verriet. Sie wurde zu einer Haftstrafe von sechs Jahren und neun Monaten verurteilt. 15 Monate wurde sie einer Isolationshaft unterworfen. Vor Gericht musste Gast erleben, dass Wolf sich nicht solidarisch an die Seite seiner Kundschafter stellte, sondern „sich in eine politische Oppositionsrolle innerhalb der DDR zu argumentieren“ und „als Parteigänger Gorbatschows politisch zu profilieren“ suchte.

<sup>81</sup>Zur Geschichte der DDR und Impressionen aus ihrer Korrespondentenzeit erschien 1992 bei Faber and Faber London ihr Buch „The Saddled Cow“.

<sup>82</sup>„Besuch bei Markus Wolf“ und „Bis morgen, Karl (Marx)“, Ausgaben vom 26. November, 3. Dezember 2000.

<sup>83</sup>Klaus Eichner: Agentin in der BND-Zentrale. Gabriele Gast im westdeutschen Spionagezentrum, Edition Ost, Berlin 2015.

Gast und der frühere MfS-Oberst Eichner enthüllten in diesem Zusammenhang, dass Gysi und auch Modrow hinnahmen, dass die früheren Mitarbeiter der HVA strafrechtlich verfolgt wurden, was gegen das Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes verstieß, während die ostdeutschen Mitarbeiter des BND strafrei ausgingen, weil sie, wie der Bundesgerichtshof urteilte, in Übereinstimmung mit den Gesetzen gehandelt hätten. Ministerpräsident Modrow ließ, so Gast, auf ihre Bitte um Unterstützung mitteilen, sie möge sich doch „an die Kirche als karitative Organisation wenden“. Gregor Gysi hatte die Stirn, ihr zu sagen, „was sie denn eigentlich wolle“, schließlich „hätte ich gegen die Strafrechtsbestimmungen meines Staates verstoßen!“ Kein Wunder, dass es die von Gysi geführte PDS auch hinnahm, dass der Bundestag 1992 rückwirkend alle in Ostdeutschland seit 1945 „wegen politischer Verfolgung“ verurteilten Westagenten rehabilitierte. Damit wurde, so Gast, „der DDR das Recht eines souveränen Staates abgesprochen, sich strafrechtlich gegen Spionage zu schützen“. Außerdem erhielt die Organisation des Hitlergenerals Gehlen „damit sozusagen den nachträglichen Persilschein: Sie ist seit dem 8. Mai 1945 laut diesem ‚SED-Unrechtsbereinigungsgesetz‘ demokratisch völlig legitimiert.“

In den Grauzonen des Verrats bewegte sich Wolf in diesem Buch, als er sich beispielsweise dem „Geist der Wendezeit“ folgend, zu dem wegen Hochverrats zum Tode verurteilten hochrangigen MfS-Mitarbeiter Werner Teske, der zum BND überlaufen und mit seinem Wissen Dutzende in der BRD arbeitende Kundschafter ans Messer liefern wollte, äußerte, das Urteil sei „juristisch nicht zu rechtfertigen“ und seine Vollstreckung 1981 als „unverständlich“ bezeichnete. Seine Wertung wurde 1998 im Prozess der bundesdeutschen Siegerjustiz vor dem Berliner Landgericht gegen den Militärriecher Karl-Heinz Knoche und den Militärstaatsanwalt Heinz Kadien, die das Urteil beantragt bzw. gefällt hatten, zur Beweisführung herangezogen. Gegen die DDR-Juristen wurden vierjährige Haftstrafen verhängt.<sup>84</sup>

Einen Höhepunkt seiner Medienstarkarriere, während der er von einer Talkshow zur anderen tingelte, Interviews von „Stern“ bis „Spiegel“ verkaufte und selbst den „Playboy“ nicht aussparte, in einem Dutzend Fernsehsendungen posierte, erlebte er in dem Film „Die Wolfs“, den die ARD in ihrem Hauptprogramm ausstrahlte. Vorgeblich widmete sich der subtilen Antikommunismus ausstrahlende Streifen der Familie des bekannten Schriftstellers und Kommunisten Friedrich Wolf, dem Vater des früheren HVA-Chefs. Auch Markus Wolfs Bruder Konrad, der Filmemacher und einstige Präsident der Akademie der Künste der DDR, fehlte nicht. Vornehmlich diente das Ganze jedoch wieder

---

<sup>84</sup>„ND“, 3. Juli 1998.

einmal vor allem dazu, Markus Wolf, der durch die Handlung führte, als „honorigen Kommunisten“ vorzuführen. Dieser wusste längst, dass er in den Medien der Bourgeoisie für eine gute Gage auch etwas bieten musste. Gleich zu Beginn trat er als Freund des bekannten antikommunistischen „Kommunismus-Experten“ Professor Wolfgang Leonhard<sup>85</sup> auf und gab sich am Ende des Films bei einem Familientreffen als Zeuge für die Aussage her, dass die Träger des großen Namens ihre Ideale auf immer verloren hätten und „ganz gewöhnliche Bundesbürger“ geworden seien. Wie „gewöhnlich“, soll hier dahingestellt bleiben.

Im Besitz neuer Erkenntnisse über Markus Wolf habe ich mir noch einmal die „Troika“ vorgenommen, jenes Buch, das 1989, als die Konterrevolution zum Angriff rüstete, im Aufbauverlag der DRR erschien. Angeblich um dieses Buch, aber auch um seine Memoiren zu schreiben, die dann nach dem Sieg der Konterrevolution unter dem bereits erwähnten Titel „Spionagechef...“ erschienen, quittierte er 1986 den Dienst als HVA-Chef. Lagen die Motive nicht tiefer? War er nicht schon zu dieser Zeit, wie er schreibt, dabei, über die „Krankheit des Systems nachzudenken, das wir für Sozialismus hielten“? Stand er nicht schon damals im Sog von Gorbatschows „Perestroika“, die, wie dieser opportunistische Agent des Imperialismus inzwischen bekannte, die Liquidierung der UdSSR, den Verkauf der DDR an die BRD eingeschlossen, zum Ziel hatte? Führte ihn das an die Seite von Gregor Gysi und der Anführer des SED-Parteiputsches von 1989, mit dem der Konterrevolution in die Hände gearbeitet und der reformistische Kurs des Ankommens in der BRD eingeleitet wurde? Fest dürfte bereits heute stehen: Wolf gehört zu denen, die am besten, vor allem am bestdotiertesten, im imperialistischen System, ankamen.

Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht Wunder, dass Überläufermentalität selbst hohe Chargen erfasste, was viele Quellen der Hauptverwaltung Aufklärung „teuer bezahlen“ mussten, schreibt Engelhardt. Das sei so weit gegangen, dass „der eine oder andere General der Abwehr“ gedacht habe, er könne nach einem Seitenwechsel „beim Verfassungsschutz reüssieren“. Diese Denkweise sei nicht auf das MfS beschränkt gewesen. Auch bei der NVA, der Volkspolizei und der Zollverwaltung hätten sich einige führende Leute „schon in der Uniform eines neuen Dienstherren“ gesehen. Sein „Ankommen“ in „Deutschland einig Vaterland“<sup>86</sup> bewahrte Wolf, wie auch Modrow, dennoch nicht vor der bundesdeutschen Rachejustiz. 1993 wurde Wolf angeklagt und zu sechs Jahren

---

<sup>85</sup>Von ihm erschien u. a: Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West, München 1978.

<sup>86</sup>Wie die Anbiederung an das der DDR von der BRD übergestülpte System von der Führung der PDS um Gysi gern genannt wurde.

Haft verurteilt, die später aufgehoben wurden. In einem zweiten Prozess erhielt er 1997 eine Bewährungsstrafe.<sup>87</sup>

## 12 Die verratene Armee

Man kommt in diesem Kontext nicht umhin, einen Blick darauf zu werfen, wie sich die Konzeption Modrows vom „Deutschland einig Vaterland“ auch auf den Militärbereich auswirkte. Nicht erst durch seinen Nachfolger im Amt, Lothar De Maizière, sondern bereits unter Modrow wurde die Nationale Volksarmee (NVA) durch erste Generalsverhaftungen eingeschüchtert und ruhig gestellt. Der Regierungschef ließ zu oder regte regelrecht an, dass die NVA auf allen Ebenen mit dem Oppositionsgremium des „Runden Tisches“ zusammenarbeite und diesem ein Mitspracherecht zu die Armee betreffenden Reformen einräumte, womit, wie auf Regierungsebene auch, in der Armee eine „Doppelherrschaft“ installiert wurde. Das bedeutete, dass die Armeeführung, die verfassungsrechtlich ausschließlich der noch amtierenden Regierung unterstand, freiwillig militärpolitische Konzeptionen mit oppositionellen Kräften diskutierte, die eben die Streitkräfte ausschalten wollten. Unter dem Titel „Die verratene Armee“ haben Ralf Rudolph und Uwe Markus, im Berliner Phalanx Verlag in der Edition Militärgeschichte und Sicherheitspolitik eine Publikation zum Ende der Nationalen Volksarmee der DDR veröffentlicht, die das beweiskräftig belegt.<sup>88</sup> Die Autoren sind ausgewiesene Experten: Rudolph, Jg. 1938, Oberst a. D. und Diplom-Ing., studierte am Institut für Luft- und Raumfahrt in Moskau, war langjähriger Betriebsdirektor des Raketeneinstandsetzungswerkes Pinnow, danach Abteilungsleiter für Spezielle Produktion (Rüstungsproduktion)

<sup>87</sup>Ich selbst bin während meiner journalistischen und später diplomatischen Arbeit auf Beispiele gestoßen, dass es unter Wolf in der Arbeit der HVA auch Fehleinschätzungen gab. Während einer Afrika-Tour für ADN 1971, u.a. nach Tschad und die Zentralafrikanische Republik, erfuhr ich in Sudan, dass die DDR dort das linke Regime diplomatisch vorzeitig anerkannte, das im Sommer Numeiri gestürzt hatte, sich aber nur wenige Tage an der Macht halten konnte. Die Folgen für die DDR nach der Rückkehr Numeiris, zu dem vorher gute Beziehungen bestanden hatten, waren dementsprechend. Bevor ich nach Kinshasa ging, wurde mir die dilettantische Arbeit des dortigen HVA-Residenten vor und während des Shaba-Aufstandes 1977 bekannt, der dem reaktionären Mobutu-Regime Vorschub beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur DDR leistete. Besagten Residenten hatte ich 1981/82 in Algier, wo ich Stellvertreter des Botschafters war, kennengelernt, wo er offen seinen „Sonderstatus“ herausstellte, den Missionschef unter Druck zu setzen versuchte und eine unrühmliche Rolle bei der Unterdrückung von Kritik spielte. Ausführlich siehe meine erwähnte Rezension des Buches Wolfs.

<sup>88</sup>Uwe Markus/Ralf Rudolph: Die verratene Armee. Berlin 2013.

im Ministerium für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau, 1990 Abteilungsleiter für technische Abrüstung im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung, schließlich Unternehmensberater für ein Schweizer Consultingunternehmen mit Arbeitsschwerpunkt Rüstungskonversion. Markus, Jg. 1958, promovierter Soziologe, war bis 1990 am Institut für Sozialwissenschaftliche Studien in Berlin tätig, seither Marktforscher, Marketingberater und Dozent. Seinen Militärdienst leistete der Oberleutnant a. D. als Zugführer eines Panzerzuges in der 9. NVA-Panzerdivision.

Kaum zu überbieten war die Heuchelei des letzten Dienstherrn der NVA in der Regierung De Maizière, des früheren Pfarrers Rainer Eppelmann, der sich Minister für Abrüstung und Verteidigung nannte. Das ging so weit, dass dieser die NVA als „Machtinstrument des stalinistischen Unrechtsregimes der SED“ diffamierte, sie am 20. Juli 1990 gleichzeitig den Eid für den Schutz der Deutschen Demokratischen Republik schwören ließ. Nachsprechend lautete der Schlusssatz: „Ich schwöre, meine ganze Kraft zur Erhaltung des Friedens und zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik einzusetzen.“ Modrows Haltung wirkte in der Endphase des Anschlusses der DDR schließlich auch darauf ein, dass mit dem letzten Verteidigungsminister, Admiral Theodor Hoffmann an der Spitze, nun selbst Generäle und Admiräle bereit waren, in den Dienst der Bundeswehr, nachgewiesener Maßen seit ihrer Geburtsstunde eine von Hitlergeneralen aufgebaute Aggressionsarmee des deutschen Imperialismus, zu wechseln. War es im Spätherbst 1989 gerechtfertigt gewesen, die NVA nicht gegen die Proteste einzusetzen, so stand diese Frage, wie die Autoren verdeutlichen, spätestens nach dem Amtsantritt der Regierung Lothar de Maizière anders. Markus/Rudolph widmen sich der bis heute nicht untersuchten Frage, ob und welche Möglichkeiten es im Militärbereich gab, dem nun massiv einsetzenden Vormarsch der Konterrevolution entgegenzutreten und ihn aufzuhalten und gehen auch auf die Frage ein, ob die Militärs der DDR einen Putsch gewagt hätten. Immerhin standen für den „Tag X“ in der DDR bereit: 365.000 Mann der Westgruppe der Sowjetarmee, 172.000 Mann der NVA, Volkspolizei und Staatssicherheit mit je 90.000 Mann Bewaffneter und (bevor sie aufgelöst wurden) 400.000 Mann der Betriebskampfgruppen. Der Innenminister De Maizières, Peter Michael Diestel, äußerte später, dass die Uniformträger gezielt mit Zuversicht geradezu zugepflastert wurden, um das zu verhindern und gab zu: „Wenn man ihnen von vornherein gesagt hätte, liebe Freunde, ihr müsst jetzt eure Waffen abgeben, und mit dem Beitritt (zur BRD) werdet ihr dann völkerrechtlich diskriminiert, werdet strafverfolgt, werdet auch in der öffentlichen

Bewertung deklassiert, dann hätte es den Putsch gegeben.“<sup>89</sup>

Markus/Rudolph schlussfolgern: „Gegen den Widerstand einer strategisch denkenden und entschlossen auftretenden NVA-Militärführung, die sich aus dem politischen Entscheidungsprozess nicht hätte verdrängen lassen, wäre die Durchsetzung der in Bonn erdachten Auflösungsstrategie nicht möglich gewesen“. Außer zur Rolle Eppelmanns, dessen Heuchelei keinerlei Widerstand entgegengesetzt wurde, vermerken die Autoren, dass die Generalität unter dem neuen NVA-Chef, Admiral Theodor Hoffmann, sich auch damit abfand, dass mit Ausnahme der ersten Beratung, „keine Vertreter der Militärführung bei den Verhandlungen der die NVA betreffenden Teile des Einigungsvertrages zugegen“ waren. Der spätere langjährige Journalist der „jungen Welt“ Peter Wolters, der als Aufklärer der HVA<sup>90</sup> selbst zu seinen Überzeugungen mutig bis zum bitteren Ende und auch im Gefängnis der Klassenjustiz gestanden hat, stellte die Kernfrage: „Objektiv gesehen war der Anschluss der DDR eine Konterrevolution – hätte die NVA sich ihr nicht entgegenstellen müssen“ und fragte: „wie hat sich die politische Führung verhalten?“ (jW, 2. Dezember 2013).

<sup>89</sup>Nach einem Vortrag 2008 vor Mitarbeitern des ZK der KP Kubas wurde Modrow gefragt, warum er als Ministerpräsident „die in der Verfassung definierte sozialistische Gesellschaftsordnung der DDR nicht mit den Kräften der Armee verteidigt“ habe. Er erklärte, der Oberkommandierende der Staaten des Warschauer Vertrages, Armeegeneral Pjotr Luschow habe ihm gegenüber darauf bestanden, dass sich „auf dem Territorium der DDR keine Gewalt entwickeln dürfe, die eine sowjetische Garnison zwingen würde, ihre Waffen zu schützen“. Luschow habe deutlich gemacht, dass in solch einem Fall „Gewalt eingesetzt würde, um gegen Gewalt vorzugehen“. Modrow dazu: „Wenn es in dieser Phase auf dem Gebiet der DDR zu militärischen Einsätzen oder Auseinandersetzungen gekommen wäre, hätte das den dritten Weltkrieg auslösen können. Das war die Verantwortung, in der wir standen.“ (nachzulesen in Volker Hermsdorf: „Lektionen der Geschichte. Hans Modrow über Kuba, die DDR und die Perestroika“. Berlin 2019, S. 66 ff.). Zunächst einmal war diese Entscheidung natürlich nicht ohne Zustimmung Gorbatschows als Oberbefehlshaber der Paktstaaten erfolgt, was Modrow übersieht bzw. hätte erwähnen können. Dann hatte er auch diesen schwerwiegenden Fakt fast zwei Jahrzehnte verschwiegen und ihn auch danach nicht thematisiert, was damit zusammen hängen dürfte, dass es in dieser Zeit auch von sowjetischen Militärs in der DDR - Modrow sicher bekannte - Verlautbarungen (von denen auch Markus/Rudolph ausgehen) gab, dass die sowjetischen Truppen bei Aktionen der bewaffneten Kräfte der DDR mit ihren Einheiten in den Kasernen bleiben und sich ruhig verhalten würden, bis auch anderen, die erklärten, ihren Waffenbrüdern der DDR zur Seite zu stehen. Wie ich von dem Begründer der Freundschaftsgesellschaft mit Kuba und Leiter des Netzwerkes Kuba (bis zu seinem Tod 2016), Heinz Hammer, erfuhr, wurde Modrows Meinung in Kuba generell so nicht geteilt.

<sup>90</sup>Hauptverwaltung Aufklärung, der Auslandsnachrichtendienst der DDR, der ein Bereich des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR war.

Markus/Rudolph schätzen ein, „dass die noch in Amt und Würden befindliche Führungsspitze der NVA den Herausforderungen der System- und Staatskrise nicht gewachsen war“. Das Verhalten einiger ihrer Generäle und Admiräle mit Theodor Hoffmann an der Spitze – Ende September 1990 waren das noch 24 – ging so weit, dass sie selbst bereit waren in den Dienst der Bundeswehr zu wechseln.

Ein angefügter Beitrag des Oberstleutnants Ingo Höhmann, Jg. 1953, 1989/90 Kommandeur eines Mot.-Schützen-Batallions belegte, dass es durchaus genügend Offiziere und Soldaten gab, die bereit waren, die DDR zu verteidigen. Er schreibt: „Es gab offensichtlich bei jenen DDR-Bürgern, die noch loyal zu ihrem Staat standen, die Hoffnung, dass die Armee sich der völligen Auflösung der staatlichen und politischen Ordnung entgegenstellt. Das war in meinen Augen eine Legitimation für ein stabilisierendes Eingreifen der Streitkräfte. Die DDR-Regierung hätte in der damaligen Situation jedes Recht der Welt gehabt, den Ausnahmezustand auszurufen.“ Leute wie Höhmann wurden jedoch im Stich gelassen und, wie der Titel des Buches aussagt, verraten. Dass zahlreiche DDR-Bürger darauf warteten, dass die NVA Position bezieht, zeigte sich auch als im Januar 1990 250.000 Menschen an einer Protestdemonstration gegen Hakenkreuzschmierereien am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin Treptow teilnahmen und die in Uniform kommenden Soldaten und Offiziere u. a. mit Rufen „Da seid ihr ja endlich“ begrüßt wurden. Markus/Rudolph leisteten mit ihrer souveränen Abhandlung einen gelungenen und tiefgehenden Beitrag zu einer immer noch ausstehenden Gesamtanalyse der Rolle der NVA in der letzten Phase der Existenz der DDR. Es ist zu wünschen, dass ihr Buch dazu Anlass gibt. Bei dieser Analyse wird man nicht umhin kommen, einen Blick auf das zu werfen, was die Klassiker zu solchen Augenblicken der Klassenauseinandersetzungen sagten, um Schlüsse für 1989/90 zu ziehen. Darunter, was Marx zur Machtergreifung des Pariser Proletariats im März 1871 sagte,<sup>91</sup> oder das Vorwort Lenins zur russischen Übersetzung der Briefe von Marx an Kugelmann.Werke, Bd. 12, Berlin/DDR 1959, S. 103.

## 13 Die Toten der „friedlichen Revolution“

Entgegen den verbreiteten Lügen, beim Anschluss der DDR an die BRD als „friedlicher Revolution“ habe es keine Toten gegeben, sieht die Realität auch hier anders aus. Die Verlierer der Geschichte wurden nicht, wie der damalige Justizminister der BRD, Kinkel erklärte, in Lager gesperrt, sondern ins

<sup>91</sup>Brief an Ludwig Kugelmann, MEW, Bd. 33, Berlin/DDR 1966, S. 209.

soziale Abseits gedrängt. Das hieß, dass Unzählige mit Berufsverbot belegt, ihre Menschenwürde mit Füßen getreten, gegen sie eine unsägliche Lügen- und Hetzkampagne geführt, Tausende von Gericht gezerzt und verurteilt wurden. Über die Zahl derer, die dem nicht stand hielten, denen die Kraft fehlte, zu widerstehen, die Hand an sich selbst legten, liegen keine Angaben vor. Einer Studie der Zeitschrift „Icarus“ der Gesellschaft für Bürger- und Menschenrecht (GBM) in Heft 3 und 4/2006 war zu entnehmen, dass die Zahl dieser Toten in die Zehntausende geht, wenn sie nicht gar, wie intern angenommen wird, die Einhunderttausend erreichte. Laut „AFP“ töteten sich bereits im Jahr nach der Einverleibung der DDR in Ostdeutschland 4.294 Menschen selbst. „Die Opfer waren Arbeiter und Genossenschaftsbauern, Lehrer, Ingenieure und Journalisten, Ärzte, Künstler und Wissenschaftler, von den Massenentlassungen Betroffene, obdachlos gewordene, Kinder, die die Demütigungen ihrer Eltern nicht ertrugen. Der Suizidexperte Udo Grashoff berichtete, dass von 1989 bis 1991 die Selbstmordrate in den neuen Bundesländern um rund zehn Prozent anstieg. Wie viele von den über 11.000 Menschen, die in der Bundesrepublik jährlich Selbstmord begehen, Opfer der „Wende“ waren, ist nicht bekannt.

Autoren der Studie waren u. a. der bekannte Faschismusforscher der DDR, Prof. Manfred Weißbecker, der Ökonom Prof. Harry Nick, der Pfarrer Dr. Dieter Frielinghaus, die Schauspielerin Käthe Reichel und der Rechtsanwalt Peter Michael Diestel.

Weißbecker schrieb über seinen Kollegen an der Jenenser Universität Prof. Gerhard Riege, dem als Mitglied des Bundestages in dem „hohen Haus“ blanker antikommunistischer Hass entgegenschlug. In ihm entäußerte sich ein „Ungeist, der noch Schlimmeres als Keim in sich trägt“, urteilte Gerhard Haney, einer der Kollegen Rieges. Prof. Riege wählte am 15. Februar 1992 den Freitod.

Hier ist anzumerken, dass Riege das Einzige dieser Opfer ist, zu dem sich Modrow öffentlich äußerte. An Hand des Bundestagsprotokolls über eine Rede Rieges enthüllt er mit Zitierungen die abgrundtiefen antikommunistischen und DDR-feindlichen Hetztiraden, die die Rede Rieges begleiteten, und die den „sensiblen Riege“ in den Freitod trieben. Er zitierte aus Rieges Abschiedsbrief, in dem dieser „den Haß, der mir im Bundestag entgegenschlägt“ beschrieb, und „wie „unmoralisch und erbarmungslos das System ist“, das „den Sieg über uns voll auskosten“ wird. Denn „nur die vollständige Hinrichtung ihres Gegners gestattet es ihnen, die Geschichte umzuschreiben und von allen braunen und schwarzen Flecken zu reinigen“. Modrow, das muss hier sachlich gesagt werden, enthielt sich der sich hier (wie auch bei anderen Gelegenheiten) bietenden klaren persönlichen Abrechnung mit diesem menschenfeindlichen System und beschränkte sich darauf, dass das Redeprotokoll „nicht nur die Arroganz im

Hause, mit der Riege und seine Kolleginnen und Kollegen von der PDS/Linke Liste behandelt wurden“ offenbarte, sondern auch „Rückschlüsse auf das Demokratieverständnis mancher Abgeordneter“ gestatte.

Zurück zur Studie der Zeitschrift „Icarus“, die anführte, dass zu den Opfern gehörten: der Grafiker Thomas Schleusing vom Jugendmagazin „Neues Leben“, sein Kollege, der sensible Zeichner und Gestalter Christoph Ehbets, bekannt u. a. durch seine Cover beim VEB Deutsche Schallplatte. Der Vizepräsident des DTSB Franz Rydz, der Minister für Bauwesen der DDR Wolfgang Junker, der Raubtierdresser Hanno Coldam (Heinz Matloch) der international bekannten Löwen-Gruppe des VEB Zirkus Aeros, der hervorragende Neurowissenschaftler der DDR Prof. Armin Ermisch, nach dem ein internationaler Preis für herausragende Nachwuchswissenschaftler benannt ist. Der weltberühmte Schauspieler Wolf Kaiser, der sich seine Menschenwürde nicht nehmen ließ und dafür in den Tod ging. Als einen „ungekrönten Monarchen der Schauspielkunst“ würdigte ihn Eberhard Esche in seiner Grabrede.

Nicht nur SED-Mitglieder waren unter den Opfern. Unter ihnen befanden sich die Jugendbildungsreferentin der Evangelischen Akademie Meißen, Anne-Kathrin Krusche, und der frühere Abgeordnete der sächsischen CDU Herbert Schicke, der Arbeitsmediziner und Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg, Dr. Rudolf Mucke, der weder der SED noch der FDJ angehört hatte. Das MfS hatte 1976 Anwerbungsversuche wegen „dekonspirativen Verhaltens“ aufgegeben. Die „Ehrenkommission“ der Berliner Charité hielt seine Weiterbeschäftigung dennoch für „unzumutbar“. Dem Hochschullehrer Hans Schmidt, dessen hohes theoretisches und international anerkanntes Wissen die Wirtschaftsuniversität Wien würdigte, wurde - wie unzähligen anderen DDR-Wissenschaftlern - „wegen mangelnden Bedarfs und mangelnder fachlicher Qualifikation“ gekündigt. Als sein Henker agierte der Nazikriegsverbrecher Prof. Wilhelm Krelle, den es nach dem Anschluss der DDR als Gründungsdekan des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften an die Humboldt-Universität Berlin (HUB) gespült hatte. Diesem als SS-Sturmbannführer in Griechenland an Kriegsverbrechen beteiligten, mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der BRD ausgezeichneten Prof. Krelle, verließ die Präsidentschaft der HUB auch noch die Ehrendoktorwürde. Prof. Krelle erklärte öffentlich, er werde „Dr. Schmidt unter allen Umständen von der Humboldt-Universität entfernen.“ Nach einem vierjährigen zermürbenden und entwürdigenden Rechtsstreit um seinen Arbeitsplatz, der für den Schwerbehinderten nicht ohne gesundheitliche Folgen blieb, nahm sich Dr. Schmidt am 8. Mai 1996 durch einen Sprung aus dem 13. Stockwerk seiner Hochhauswohnung das Leben. Prof. Krelle verstarb im Juni 2004 wohl pensioniert im Alter von 88

Jahren als einer der unzähligen für ihre Teilnahme an faschistischen Kriegsverbrechen in der BRD nicht zur Verantwortung gezogenen Naziaktivisten. Die Leitung der HUB widmete ihm ein „ehrendes Gedenken“.

In der Studie wird geschildert, wie im Januar 1992 in den frühen Morgenstunden Polizisten die Wohnung des Ehepaares Fuchs in der Grunaer Straße 12 in Dresden besetzten und Otto Fuchs verhafteten. Seine Frau Martha, eine Jüdin, die KZ-Häftling gewesen war, erlitt einen schweren Nervenzusammenbruch. Die furchtbaren Erlebnisse der Nazizeit wurden lebendig. Sie glaubte, Faschisten drängen – wie nach 1933 – wieder an die Macht. Mit einem schweren Schock wurde sie ins Krankenhaus eingeliefert. Die Leipziger Staatsanwaltschaft erhob gegen Otto Fuchs Anklage wegen Rechtsbeugung und Mord. Er war 1950 in den Waldheim-Prozessen gegen Kriegsverbrecher und Naziaktivisten Vorsitzender Richter gewesen. Man warf ihm vor, er habe Unschuldige zum Tode verurteilt. Mit Hilfe seines Anwalts kam er für kurze Zeit aus der Untersuchungshaft frei. Um den Richtern nicht die hämische Genugtuung an „seiner langsamen und qualvollen prozessualen Hinrichtung“ zu ermöglichen, beschloss er und seine Frau aus dem Leben zu scheiden. Im Abschiedsbrief hieß es: „Meine Frau würde eine Trennung von mir nicht überstehen. Ich versichere Ihnen, dass wir in meiner Strafkammer nur Kriegsverbrecher verurteilt haben und ich bin mir sicher, dass wir uns über kein Urteil schämen müssen. Alle Zeichen deuten aber darauf hin, alles ins Gegenteil zu verkehren und in einem Schauprozess mich zum Verbrecher zu stempeln. (...) Heute, nach einer langen Periode der Naziverbrechen, fühlen sich doch alle – und sind sie auch noch so schwer belastet – als völlig unschuldige Menschen. Die Verdrängung ging und geht ja so weit, dass Auschwitz als Lüge hingestellt wird.“ Am 13. Februar um 23.15 Uhr sprangen Otto und Martha Fuchs vom Balkon ihrer Wohnung aus dem siebten Stock in den Tod. Im Prozess gegen den mit angeklagten 87jährigen Otto Jürgens musste das Tribunal die Mordanklage fallen lassen. Schließlich wurde ein reines Gesinnungsurteil verhängt und der Angeklagte zu zwei Jahren Haft auf Bewährung, 6.000 DM Geldstrafe und zur Übernahme der Verfahrenskosten verurteilt. In seinem Schlusswort sagte Otto Jürgens, der bereits 1933 von der Gestapo verhaftet und gefoltert worden war: „Die Naziverbrecher, die in Waldheim abgeurteilt wurden, hatten ihre Strafe mehr als verdient.“

## 14 Mit der DDR fielen die Schranken

Seit der Liquidierung der DDR geht von deutschem Boden wieder Krieg aus, was im Nachhinein die friedenssichernde Rolle des sozialistischen deutschen

Staates verdeutlicht. Bereits im September 1991 trafen sich auf einem „Fürstenfeldbrucker Symposium“<sup>92</sup> führende Vertreter der Industrie- und Bankenwelt mit hochrangigen Generälen der Bundeswehr mit Ex-Verteidigungsminister Ruppert Scholz an der Spitze, um das neue Expansionsprogramm zu beraten. Es verkündete die Rückkehr zu weltweiter Aggressionspolitik als Wiederherstellung der „Normalität“ Deutschlands und die Teilnahme am Kampf um den Weltherrschaftsanspruch als „Partner in Leadership“ mit den USA.<sup>93</sup> Unmissverständlich war von Militäreinsätzen der Bundeswehr out of Area die Rede, von ihrer Umstrukturierung zur Herstellung der Einsatzfähigkeit entlang einer 4.000 km langen EU-Außengrenze, der Bildung eigener Eingreifkräfte, die das „Selbstbestimmungsrecht“ von Minderheiten und „unterdrückten“ Völkern durchsetzen, sich der Gefährdung von Rohstoffzufuhr, der Begegnung von Immigrationswellen und diversen ähnlichen Problemen zuwenden sollten. Dazu wurde ein neues Geschichtsbild gefordert, dass mit Auschwitz und Holocaust Schluss machen und stattdessen „Nation und Vaterland“ zum Inhalt haben sollte.

In diesen Debatten wie verabschiedeten Denkschriften und ähnlichen derartigen Deklarationen wurde übrigens Klartext gesprochen, war von keinem Kampf gegen den Terrorismus die Rede. Dieser Vorwand wurde erst später mit dem 11. September 2001 geschaffen.<sup>94</sup>

Es ging in Fürstenfeldbruck nicht nur um die Revidierung der Nachkriegsordnung, sondern weiter zurückreichend auch um die des Ersten Weltkrieges. Davon zeugte die Haltung zur Konzeption der Zerschlagung Jugoslawiens. Ruppert Scholz erinnerte daran, dass „der Jugoslawienkonflikt unbestreitbar fundamentale gesamtdeutsche Bedeutung“ habe, da mit ihm „die wichtigsten Folgen des zweiten Weltkrieges überwunden und bewältigt“ werden. „Aber in anderen Bereichen“ so Ruppert weiter, „sind wir heute damit befasst, noch die Folgen des Ersten Weltkrieges zu bewältigen.“ Diese bestanden darin, dass der jugoslawische Staat nach dem Ersten Weltkrieg eine Barriere gegen den „Deutschen Drang nach Osten“ sein sollte, welche es nach Rupperts Worten zu beseitigen

<sup>92</sup>Veranstaltet von der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, der Führung der Hardthöhe und der rechtsaußen angesiedelten Clausewitz-Gesellschaft.

<sup>93</sup>Tobias Pflüger: Generalstab in Aktion. „jW“, 12. Jan. 2002.

<sup>94</sup>Arnold Schölzel: Das Schweigekartell. Fragen & Widersprüche zum 11. September. Berlin 2002. Weiter: James H. Hatfield: Das Bush-Imperium, Bremen 2002; Jean-Charles Guillaume Dasquié Brisard: Die verbotene Wahrheit. Zürich/München 2002; Wolfgang F. Haug (Hg.): Angriff auf die Freiheit?, Grafenau 2001; Ekkehard Sauer mann: Neue Weltkriegsordnung., Bremen 2002; Ronald Thoden (Hg.): Terror und Staat. Der 11. September, Berlin 2004.

galt, und dass deshalb „Kroatien und Slowenien völkerrechtlich unmittelbar anerkannt werden“ müssten. Die so bezweckte Internationalisierung des Konflikts ermögliche, so der deutsche Ex-Verteidigungsminister, international in Jugoslawien zu intervenieren, wozu die BRD dann mit der einseitigen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, gefolgt von Österreich und dem Vatikan, den Weg frei mache.<sup>95</sup> Ins Werk setzte das der damalige bundesdeutsche Außenminister der Liberalen, Dietrich Genscher.

Dass es an der Spitze der EU um einen neuen Ritt nach Osten geht, verdeutlichte 2003 der Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung,<sup>96</sup> Ralf Fücks, als er zur Rolle der BRD im Kaukasus sagte: Die Region dürfe „nicht den Großmachtspielen Russlands und der USA überlassen“ werden.<sup>97</sup> Der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende, Gernot Erler, ergänzte, es gehe „vor dem Hintergrund der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung der Region“ um „die Ausarbeitung einer langfristig angelegten politischen Strategie“ der „Anbindung der kaukasischen Staaten an Europa“. In einer Denkschrift der SPD-Grundwertekommission wurde dieser „wirtschaftlich und politische Großraum“ als Hinterhof bis nach Zentralasien im Osten und dem Nahen Osten im Süden bezeichnet, in dem die „großen westlichen Nationen“ wegkommen müssten von einer instabilen Ordnung unter US-Führung und statt dessen eigene Machtmittel zur Durchsetzung einer „globalen politischen Ordnung“ entwickeln müssten. Und zur Rolle Deutschlands nochmals zitiert, es habe „ein legitimes eigenes Interesse an seiner dauerhaften und festen Einbindung in einen wirtschaftlich und politisch leistungsfähigen Großraum, der anderen Weltregionen vergleichbar ist“. Deutschland müsse „als größter und wirtschaftlich stärkster Staat in Europa“ für ein Europa eintreten, das in der Lage sei, sich „gegen äußere wirtschaftliche, politische und gegebenenfalls auch militärische Pressionen zu wehren“.<sup>98</sup>

Der Politologe Dr. Uwe Halbach, wissenschaftlicher Experte des Institut für internationale Politik und Sicherheit und dessen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), einer der wichtigsten „Denkfabriken“ der deutschen Außenpolitik, betonte, man wolle schließlich selbst Einfluss auf die abtrünnigen Staaten nehmen und diese nicht Russland überlassen. Zumal man mit ihrer Hilfe

<sup>95</sup>Ullrich Sander: Die Macht im Hintergrund. Papyrossa Verlag 2004, S. 114.

<sup>96</sup>Die Heinrich-Böll-Stiftung ist die Parteistiftung von Bündnis 90/Die Grünen. Der hier wiedergegebene Standpunkt beweist die feste Integration der Partei, in der Vertreter an der konterrevolutionären „Wende“ in der DDR aufgingen, in die weltweite Expansionspolitik der BRD.

<sup>97</sup>Anton Latzo: Die Anziehungskraft des Schwarzen Meeres. jW, 11. Febr. 2004.

<sup>98</sup>Latzo, a. a. O.

Russland zugleich schwächen könne.<sup>99</sup> Den folgenden Darlegungen vorweggenommen, auch mit diesem Komplex hat sich die PDS/Die Linke, von üblichen gelegentlichen Einwänden, verbalen Protesten, abgesehen, nie grundsätzlich auseinandergesetzt.

## 15 Gregor Gysi: „Ein Schritt nach vorn“ - wohin?

Zum Ende dieser Studie stellt sich die Frage, ob es neue Erkenntnisse bei den Akteuren gibt. Die versuchte Antwort soll sich auf zwei Personen beschränken: Auf ein kurzes Eingehen auf Gregor Gysi, und danach ein etwas ausführlicheres auf Hans Modrow.

Gregor Gysi war bis 1993 Vorsitzender der PDS, von 1990 bis 1998 ihrer Bundestagsgruppe und von 1998 bis 2000 ihrer Bundestagsfraktion, von 2005 bis 2015 Chef der Linksfraktion. 2002 war er fünf Monate Senator für Wirtschaft der Berliner Regierung mit der SPD und einer der Stellvertreter Klaus Wowereits. In dieser Zeit bekannte er sich zur sozialen Marktwirtschaft, nannte den Markt eine „zivilisatorische Errungenschaft“ und wandte sich gegen die Verstaatlichung aller Produktionsmittel, die in der DDR keinen besonderen ökonomischen Fortschritt gebracht habe.<sup>100</sup> Wegen der sogenannten „Flugmeilenaffäre“, der missbräuchlichen Nutzung des Bonus für Abgeordnete, musste er im August zurücktreten.

Sicher, von Gysi wird einiges hinterfragt, etwas relativiert, mal dieser oder jener Fehler eingeräumt, aber am grundsätzlich „richtigen Weg“ des „Ankommens“ im Kapitalismus wird nicht gerüttelt. Das verriet schon der Titel seines 2001 erschienen Buches. „Ein Blick zurück. Ein Schritt nach vorn“.<sup>101</sup> Darin räumte er zu Jugoslawien zum Beispiel ein, dass es in den USA wie in der BRD Kräfte gab, die am „Zerfall“ Jugoslawiens „interessiert waren“, aber Slobodan Milosevic mit seinem „instrumentalisierenden Nationalismus“ unbestreitbar „einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet“ habe. Da wird schlicht das Opfer zum Täter gemacht.

Er kritisiert den Umgang der BRD mit den Eliten im Anschlussgebiet (was für ihn natürlich „deutsch-deutsche Vereinigung“ bleibt), um mit einem Rückblick auf den „Elitenwechsel“ nach 1945 festzuhalten, in beiden „deutschen Teilstaaten“ (!) habe es „Fehlleistungen“ beim „Elitenaustausch“ und der „Bewäl-

<sup>99</sup>Uwe Halbach: Der Kaukasus in neuem Licht, SWP-Studie, Berlin Nr. 11/2005.

<sup>100</sup>„Der Spiegel“, 10. Januar 2002.

<sup>101</sup>Gregor Gysi: „Ein Blick zurück, Ein Schritt nach vorn“. Hamburg 2001.

tigung der Vergangenheit“ gegeben. Dazu greift er die von westdeutscher Seite erhobenen Anschuldigungen auf und vermerkt, dass auch in der DDR der „Umgang mit Nazikriegsverbrechern einer kritischen Analyse“ bedürfe. „Bei den sogenannten Waldheimprozessen, in deren Verlauf von der UdSSR übergebene Nazis in Schnellverfahren verurteilt wurden“ habe es „erhebliche rechtsstaatliche Defizite“ gegeben. Zwar nennt er es dann „mehr als fraglich, wenn die westdeutsche Justiz, die Nazikriegsverbrecher so gut wie nie vor Gericht gebracht hat, nach der deutschen Wiedervereinigung aber den Richterinnen und Richtern der Waldheimprozesse wegen Rechtsbeugung den Prozess machte“. Aber, wie generell, wird erstmal die „Schuldfrage“ auf beide Seiten verteilt.<sup>102</sup> De facto stützt Gysi schließlich auch die von der BRD-Justiz, so vom damaligen Minister Klaus Kinkel, aber auch von Bundespräsident Wolfgang Thierse vertretene Phrase von den 60 Jahren „zweier unterschiedlicher autoritärer Regimes“, damit der Gleichstellung der Regierung der DDR mit der faschistischen Diktatur.

Eine verblüffende Erklärung gab Gysi für die von Kohl betriebene Abwicklung der DDR-Intelligenz, zu der er feststellte, dass sie sich daraus ergeben habe, „dass die BRD aus der DDR existenziell nichts benötigte“, um dann zu betonen, das sei (von ihm) „kein moralischer Vorwurf“, er „beschreibe hier nur einen Umstand“ der, so räumt er ein, „schwerwiegende negative Konsequenzen im Rahmen des Vereinigungsprozesses hatte, und diese wären nur dann wesentlich weniger deutlich in Erscheinung getreten, wenn sich die verantwortlichen westdeutschen Eliten, insbesondere die aus der Politik, bewusst dazu entschlossen hätten, die Wirkung der Tatsache, dass aus der DDR nichts existenziell benötigt wurde, drastisch einzuschränken“. Ich will es bei diesen Zitierungen aus dem Juristenkauerwelsch des Anwalts Gysi belassen und nur noch daran erinnern, dass unter den aus dem Westen importierten Eliten sich ranghohe Politiker befanden, wie der spätere Ministerpräsident von Sachsen Biedenkopf oder auf der als Gründungsdekan des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften an die Humboldt-Universität gespülte Nazi-Kriegsverbrecher und SS-Sturmbannführer Prof. Wilhelm Krelle (siehe „Die Toten der friedlichen Revolution“). Aber das hier angeführte ist keine Ausnahme, sondern durchzieht fast durchweg das Buch. Und Gysi betont „schlussfolgernd“ wie wichtig der Kontakt „zu den heutigen Eliten“ (also den aus dem Westen importierten, die die Plätze der abgewickelten „Osteliten“ einnahmen) sei.

<sup>102</sup>Siehe unter „Die Toten der friedlichen Revolution“ wie diese Unterstellung – die sich als haltlos erwies - den früheren Richter in Walheimer Prozessen Otto Fuchs und seine von den Nazis verfolgte jüdische Frau in den Tod trieb.

Verwundern konnte höchstens, dass Gysi Buch damals auch im Internet über „CDU-Solidarität.de“ zu beziehen war, verbunden mit einem Spendenaufruf, nicht für die PDS, sondern die CDU. 2015 rühmte sich Gregor Gysi schließlich, die reibungslose Integration der DDR-Bürger ins politische System der BRD sei seiner Partei und auch ihm persönlich zu verdanken.<sup>103</sup>

Obwohl Gregor Gysi nun in echter sozialdemokratischer Tradition Schützenhilfe bei der Abwiegung von Widerstand gegen die Einverleibung der DDR leistete, hielt das die Regierenden in Bonn bzw. dann Berlin nicht davon ab, auch gegen ihn eine wüste Hetzkampagne als „Stasi-Spitzel“ zu starten. Sie scheiterte, weil es nicht gelang, das für eine Überführung wichtigste Dokument, nämlich eine von ihm unterschriebene sogenannte Verpflichtung als IM (Inoffizieller Mitarbeiter) zu arbeiten, zu finden. Ich erinnerte mich, dass mir Klaus Gysi in Rom, es war, glaube ich, 1976, einmal anvertraute, das MfS wollte seinen Sohn, der als promovierter Jurist als Rechtsanwalt tätig war, als IM anwerben. Aber er habe ihm geraten, keine Verpflichtung zu unterschreiben. Daran habe er sich gehalten.<sup>104</sup> Er strebte danach, den Vorsitz im Kollegium der Rechtsanwälte der DDR zu übernehmen (was er dann 1988 auch erreichte). Vor allem aber wollte er ein zweiter „Vogel“ werden.<sup>105</sup> Das schaffte er dann nicht mehr. Wie bereits erwähnt, verteidigte Gregor Gysi bekannte Dissidenten der DDR, wie Robert Havemann und Rudolf Bahro, aber auch Bärbel Bohley. Letztere gehörte zu denen, die ihm Mandantenverrat vorwarfen und ihn als „Stasispitzel“ diffamierten. Gregor Gysi hat das immer bestritten und erklärt, er sei von Mitarbeitern des MfS, die als Vertreter von DDR-Institutionen getarnt, ihm gegenüber aufgetreten seien, abgeschöpft worden. Jedenfalls setzte er zahlreiche Unterlassungsbescheide durch, die verboten, ihn als „Stasispitzel“ zu bezeichnen. Dass er einem Prozess wegen IM-Tätigkeit entging, verdankte er so seinem Vater, der über genügend Erfahrungen verfügt hatte, dass man Überläufer wohl auch im MfS einkalkulieren musste und Gregor davon abhielt, eine Verpflichtung zu unterschreiben.

<sup>103</sup>„Junge Welt“, 30. Dezember 2015.

<sup>104</sup>Klaus Gysi traf ich in Berlin noch mehrmals, das erste Mal am 2. Juni 1990 auf einem Empfang der italienischen Botschaft in Berlin zum Nationalfeiertag (Gründung der Republik). Später, das war 1992, spielte ich auf unsere Gespräche in Rom an. Er meinte, selbst das jetzige Ende der DDR, sei nie ganz auszuschließen gewesen. Er gehörte nicht zu denen, die ihre Haltung zur DDR relativierten oder gar widerriefen. Als ich ihn 1994 noch einmal traf, hatte ich den Eindruck, dass er auch über den Weg, den sein Sohn Gregor eingeschlagen hatte, nicht gerade glücklich war.

<sup>105</sup>Das betraf den Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, der den in der DDR stattfindenden Austausch von Agenten organisierte und Beauftragter für Verhandlungen mit der BRD über den sogenannten „Häftlingsfreikauf“ war.



Dazu bin ich der Meinung, dass Gregor Gysi natürlich wusste, wem er da gegenüber saß und an wen das, was er da sagte, ging. So wie ich auch der Meinung war und weiter bin, dass die Anschuldigungen gegen Lothar de Maizière, er habe für das MfS gearbeitet oder zumindest Kontakte unterhalten, zutreffen dürften. Sie waren für Kohl das Druckmittel, dass de Maizière dem von Bonn vorgegebenen Zeitplan zum Anschluss der DDR zustimmte.

## 16 Hans Modrow: über „Erfahrungen und Irrtümer“

Wie ging es mit Hans Modrow weiter. Er blieb Ehrenvorsitzender der PDS und wurde nach deren Umwandlung in die Partei Die Linke Vorsitzender ihres Ältestenrates. Von 1990 bis 1994 war er Mitglied des Bundestages, von 1999 bis 2004 EU-Abgeordneter.<sup>106</sup> Gegen das Unheil, das er gegenüber den Bürgern der DDR widerstandslos mit heraufbeschworen hatte, erhob er gelegentlich Einspruch. So wenn er in einem Schreiben an den Bundesverteidigungsminister Volker Rühle im Juli 1997 ersuchte (!), dass „der Verfolgung von Soldaten und Offizieren der Nationalen Volksarmee wie auch anderen Bürgerinnen und Bürgern der DDR, die nach Verfassung und Gesetzen dieses Staates gehandelt haben, ein Ende gesetzt wird“.<sup>107</sup> Eine Reaktion gab es nicht. Und Modrow ließ es dabei bewenden.

1998, neun Jahre später, erschien sein bereits erwähntes Buch „Ich wollte ein Neues Deutschland“. Gab es Erkenntnisse, Einsichten, dass es nicht so gelaufen war, wie man es sich vorgestellt hatte, kritische Reflektionen? Zunächst fiel auf, dass sich Hans Modrow der Widersprüchlichkeit seiner Darlegungen und des ihnen zugrundeliegenden Subjektivismus wohl bewusst war und er versuchte, vorzubauen. Er bekannte „ein offenbar gestörtes Wahrnehmungsvermögen“. Verständnis heischend bemühte er die vertrackte „Härte des Lebens“, die darin bestehe, dass „man Erfahrungen sammelt, Irrtümer durchmacht und aus den Erfahrungen und Irrtümern gut herauskommen will. Da gebe man halt nicht gern zu“, dass „man frühere Auseinandersetzungen nur halb oder gar nicht führte. Vor allem, wenn sich im Nachhinein auch jene Gefahr verringert, deren scheinbare Größe einen einst abhielt, wirklich mutig zu sein.“ Modrow bemühte sich denn auch redlich, aus seinen „Erfahrungen und Irrtümern“ gut herauszukommen. Sein „Wahrnehmungsvermögen“ zu entstoren,

<sup>106</sup>Hans Modrow: Von Schwerin bis Strasbourg. Edition ost, Berlin 2001.

<sup>107</sup>„Verfolgung von Angehörigen der NVA beenden“, ND, 23. Juli 1997.

gelang ihm dabei allerdings nur sehr bedingt, und das auch nur, wenn er seinen Werdegang in der DDR reflektierte. Sicher, da gehörte er nicht zu denjenigen in seiner Partei, die sich für ihr in der DDR gelebtes Leben und für die Politik, die sie mitgetragen hatten, ständig entschuldigten. Er bekannte sich, wenn auch mit manchem Wenn und Aber, zur DDR und stellte viele ihrer Errungenschaften heraus. So war ihm die „große Aufbruchsstimmung“ Anfang der fünfziger Jahre, „der eingreifende Enthusiasmus jener Tage“, als „eine der entscheidenden Empfindungen meines Lebens im Gedächtnis geblieben“, schrieb er und fügte hinzu: „Wir sahen uns damals keineswegs als Instrumente einer fremden Politik, sondern als kräftige Subjekte, die von der ganz neuartigen Beherrschbarkeit der gesellschaftlichen Sphäre träumten“, die vorhatten, „eine ganz neue, ausbeutungsfreie, kriegsfreie und faschismusabstinente Realität zu schaffen.“

Waren es nur Träume? Waren die erreichten Ergebnisse gering zu schätzen? Waren die Bodenreform, die Beseitigung der Herrschaft des Kapitals und damit der Ausbeutung, die antifaschistischen Umwälzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen nicht tiefgreifende revolutionäre Veränderungen? Nein, korrigierte Modrow, dessen Sicht jetzt von den reformistischen Positionen der PDS bestimmt wurde. Denn der DDR revolutionäre Umwälzungen zuzugestehen, hätte sie nicht nur vor der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung einschließlich ihrer unter diesem Gesichtspunkt unvermeidlichen Missstände und Gebrechen rehabilitiert, sondern auch ihre Errungenschaften zum Maßstab der Einschätzung und des Handelns der Partei Modrows gemacht. „Was wir Revolution nannten, waren zu wesentlichen Teilen nur die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die im Osten konsequent verwirklicht wurden“, hieß es, womit der Autor so das vorher herausgestellte „kräftige Subjekt“ der DDR-Geschichte ganz kräftig abwertete.

Wer den Platz der DDR in der Geschichte der jahrhundertelangen Klassenkämpfe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, Unterdrückern und Unterdrückten von revolutionären Positionen aus einschätzen will, wird zwangsläufig nicht um die Erkenntnis herumkommen, dass sie trotz aller Defizite die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes war. Die historische Bedeutung der DDR wird bei all ihren Deformationen und Missbildungen, von denen die bürgerlichen Revolutionen der Vergangenheit in weit schlimmeren Maße heimgesucht wurden, gerade im Nachhinein, nach ihrer Zerschlagung, an den Versuchen deutlich, alles, was sie hervorgebracht hatte, auszurotten und aus dem Gedächtnis der Menschen zu tilgen.

Solche Er- und Bekenntnisse suchte man bei Modrow lange vergebens. Bei

vielen richtigen und kritischen Anmerkungen zu Demokratiedefiziten und Entartungen der ersten staatlichen Sozialismusgestaltung auf deutschem Boden, auch als Frühsozialismus eingeschätzt, fehlte eine Antwort auf die oft gestellte Frage, wie viel anders diese DDR denn unter den Bedingungen der erbitterten kalten Kriegsauseinandersetzung, der Abhängigkeit von der ökonomisch schwachen UdSSR und angesichts des übermächtigen westdeutschen Gegners hätte aussehen können?

Bedeutend problematischer wurde es, wenn Modrow seine Haltung und sein Handeln im Herbst 1989 als Bezirkssekretär in Dresden und danach vom November 1989 bis März 1990 als Ministerpräsident zu erklären und zu rechtfertigen suchte. Er versuchte, den Eindruck zu vermitteln: So lief es ab, „es hätte gar nicht anders kommen können“.

Anzufügen wäre dem noch, dass Modrow nun nicht etwa korrigierte, den konterrevolutionären Ambitionen von „Runden Tisch“-Vertretern nicht Einhalt geboten zu haben, sondern „selbstkritisch“, festhielt, sich dem „Druck des Runden Tisches“ erst „relativ spät“ gebeugt zu haben. Ein früheres Nachgeben hätte ihm, so spekulierte er, „von bestimmter oppositioneller Seite“, wenn auch nur kurzzeitig, wie er einräumt, „Kredit an Vertrauen“ eingebracht.

Wenn Modrow dann das „Ausmaß an Verrat“ beklagte, den Führungsoffiziere der HVA begingen, dann fehlte jedes Eingehen darauf, wie er sein Verhalten, das die DDR schutzlos den Geheimdiensten der BRD und USA auslieferte, einschätzte. Stattdessen feierte er den Bericht des „Runden Tisches“ über die von diesem durchgesetzte, von ihm danach angeordnete Auflösung des MfS als „eine Einmaligkeit“.

Im Mai 1999 verurteilt Modrow natürlich, wie Gysi und die PDS, dass die BRD sich in den Fußstapfen der Hitlerwehrmacht am Angriffskrieg gegen Jugoslawien beteiligte. Er konstatierte, dass die Bundeskonferenz der Grünen bei „beachtlichem“ Widerspruch das „Kriegskabinett“ unterstützt. Dass sich ihnen auch frühere „Bürgerrechtler“ aus der DDR, die doch vorgegeben hatten, einen „besseren Sozialismus“ zu wollen, angeschlossen hatten, kam ihm nicht in den Sinn. Stattdessen verteidigte er die „Vision“ der PDS „für Europa“ und ihr „Ja zur europäischen Integration“ und vergaß dabei völlig, dass dieses Europa gerade den Aggressionskrieg führte, den er vorher verurteilt hatte. Dann schwafelte Modrow munter, diese PDS wolle, dass diese EU ein „sozial gerechtes, demokratisches und umweltbewahrendes Europa“ wird. „Wir wollen einen Kontinent freundlich verbundener Völker und gleichberechtigter Staaten“, schwadronierte er munter weiter. Kein Wort zur Verurteilung, dass Jugoslawien, wo die Völker Jahrzehnte friedlich in einem Bundesstaat zusammenlebten, mit Bomben zerschlagen, der Nationalismus geschürt und diese Völker nach dem alten im-

perialistischen „Teile- und herrsche“- Grundsatz aufeinandergehetzt wurden.<sup>108</sup>

Auch ein halbes Jahr später – die Ereignisse von 1989 lagen zehn Jahre zurück - waren keine selbstkritischen Reflexionen zu erkennen. Im Gegenteil, er sah sich „nicht als gescheitert“. In seiner durch Vertreter des „Runden Tisches“ erweiterten „Regierung der Nationalen Verantwortung“ hätten sich alle Minister redlich darum bemüht, „die Demokratie von unten mit der Demokratie von oben zu verbinden“.<sup>109</sup> Er verstieg sich zu der Aussage: „In der ganzen Geschichte der DDR hat es keine Phase gegeben, in der so viele demokratische Gesetze beschlossen wurden“. Da kann man nur den Kopf schütteln. Auch wenn Modrow mit der Frage, dass die Zeit vielleicht nicht genügend genutzt wurde, „um den Ungerechtigkeiten der staatlichen Vereinigung“<sup>110</sup> vorzubeugen“, versuchte, das einzuschränken, blieb das eine an jeder Realität vorbeigehende Selbstüberschätzung. Dann machte er sich noch zum Fürsprecher der Osterweiterung der EU, bei der es „um den künftigen politischen Einfluss“<sup>111</sup> in einem größer werdenden Europa“ gehe. Dass dieses Europa kommt, war „für ihn ausgemacht“ und er nahm es ebenso an wie er 1990 die „deutsche Einheit“ hingenommen hatte. Er hatte folglich auch nicht vor, etwas dagegen zu unternehmen. Es blieb bei seinem frommen Wunsch, zu helfen, dass diese Vereinigung in erster Linie im Interesse der Völker und nicht der Profite einer immer kleineren Zahl von nur auf „shareholder value“ fixierten „global players“ ist.<sup>112</sup> Es war das typische Lavieren eines Sozialdemokraten mit linkem Outfit, der auf diesen Positionen die Interessen des Kapitals vertritt, was Modrow sicher so nicht wollte, es aber so war.

## 17 Zu Einsichten, Korrekturen, bei bleibenden Widersprüchen

30 Jahre nach dem Untergang der DDR, der unter seiner Regierung einsetzte, reflektierte Hans Modrow Fragen aus seiner Sicht auf die zurückliegende Entwicklung und korrigierte Aspekte seiner bisherigen Positionen. Interessant

<sup>108</sup> „Unsere Zeit“, Gespräch mit Hans Modrow, 28. Mai 1999.

<sup>109</sup> Lassen wir dahin gestellt, was darunter zu verstehen sein soll.

<sup>110</sup> Selbst in diesem Satz wird schon wieder die Wahrheit verdreht, denn es war, selbst nach dem Grundgesetz, keine Vereinigung, sondern ein Anschluss (Beitritt).

<sup>111</sup> Den Einfluss von wem, wäre zu fragen, und in wessen Interesse Modrow hier spricht.

<sup>112</sup> Hans Modrow: „Demokratie von unten und oben verbinden“, Neues Deutschland, 17. November 1999.

ist, dass das mit Blick auf Kuba geschah.<sup>113</sup> Da widerspiegelte sich nun, dass er unter nicht wenigen Gesichtspunkten doch in der DDR verwurzelt bleibt und davon manches hängen geblieben ist. Zu Kuba hatte er in DDR-Zeiten schon ein enges Verhältnis und bezog, davon ausgehend, auch nach 1989/90 immer antiimperialistische Positionen und bezeugte ihm Solidarität.<sup>114</sup> Zu den progressiven Positionen, die in der PDS bewahrt wurden, gehörte 1991 die Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Cuba Si“, die u. a. die Spendenkampagne „Milch für Kubas Kinder“ startete. „Manches von dem, was wir in der DDR – natürlich mit ganz anderen Möglichkeiten – an praktischer Solidarität mit den Menschen und dem revolutionären Prozess in Kuba begonnen haben, wird heute von engagierten Aktivisten (des Netzwerkes Kuba) weitergeführt“, hebt Modrow hervor. Das persönliche Engagement Modrows in der Fortsetzung dieser Solidarität würdigte Kuba im Februar 2019 mit der Verleihung des „Orden der Solidarität der Republik Kuba“ an Modrow.

Herauszustellen ist, dass Modrow nun frühere Einschätzungen zu Gorbatschows Perestroika-Kurs und -Reformen korrigiert und erklärt: „Nach dem, was mir heute bekannt ist, bin ich mit nichts von dem einverstanden, was Gorbatschow in die Wege geleitet hat. denn alles war von Anfang an auf Täuschung angelegt. Er selbst hat Ende der 1990er Jahre erklärt, dass es immer sein Ziel gewesen sei, mit der Perestroika den Sozialismus zu vernichten. Dies zeigt die Absicht des Verrats und die Charakterlosigkeit Gorbatschows.“ Und er hält fest, dass Castro (im Gegensatz zur DDR und auch in seiner Regierung, was nicht erwähnt wird) diese Zielstellung Gorbatschows frühzeitig erkannte, und schon im Juli 1988 die Perestroika als „gefährlich“ und den „Prinzipien des Sozialismus entgegengesetzt“ einschätzte und seine „Analyse ihn und die kubanische Partei davor bewahrt haben, Schritte zu unternehmen, die für Kuba hätten gefährlich werden können“.<sup>115</sup>

<sup>113</sup>Nachzulesen in dem bereits angeführten Buch Volker Hermsdorfs.

<sup>114</sup>Ich will hier nicht bekmessern, aber es ist schon so, dass Positionen der Solidarität mit dem Volk Kubas, das seine sozialistische Ordnung gegen die Angriffe der USA verteidigt, kein Internationalismus sind und Modrow auch, wie ich das im Weiteren darlege, einem klaren Bekenntnis zur führenden Rolle der KP Kubas ausweicht. Das wird auch in der Führung Kubas, für die die Solidarität Modrows eine wertvolle Hilfe war und ist, so gesehen, wie mir der bereits erwähnte Heinz Hammer mehrfach sagte.

<sup>115</sup>Eine solche Sicht hatte Modrow 1989/90 eben gefehlt, wurde ihm wohl mehr durch den Einfluss, den Gregor Gysi ausübte, verwehrt. Wie bereits angeführt (siehe Hans Modrows "Deutschland einig Vaterland"), hatte er Gorbatschow noch 1991 nicht durchschaut und das Verhältnis zu ihm als „ein herzliches persönliches“ bezeichnet, ein „konstruktives Arbeitsklima“ gelobt und ihn als einen Menschen gesehen, der „in großen Maßstäben“ denkt, der ein „sehr komplexes Denken hat“.

Modrow geht auf viele Faktoren ein, die Grundlage des Überlebens Kubas in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus nicht erst nach dem Untergang der UdSSR und des Ostblocks waren. Dabei klammert er in seinem Gespräch mit Hermsdorf zwei entscheidenden Fragen aus: Die Sicherung der führenden Rolle der kommunistischen Partei, und wie diese mit Castro beginnend, immer dem Volk die Wahrheit über alle Probleme, aufgezwungene soziale Härten und drohende Gefahren und wie man ihnen begegnen musste, sagte. Beide Fragen berühren, dass Modrow sich dann auch dazu äußern müsste, wie er dazu in der „Wende“-Zeit als Ehrenvorsitzender seiner Partei (der PDS) und Regierungschef handelte. Der DDR-Bevölkerung wurde in dieser Zeit eine „revolutionäre Umgestaltung“ vorgegaukelt, sie wurde über die beim Anschluss an die BRD drohenden sozialen Auswirkungen im Grunde genommen im Unklaren gelassen, die Macht wurde mit dem Oppositionsgremium des Runden Tisches geteilt, die SED in eine sozialdemokratisch orientierte – wie von Gregor Gysi offen erklärt – nichtkommunistische Linkspartei umgewandelt, jede Zusammenarbeit mit der DKP abgelehnt, das MfS den Medien „zum Fraß vorgeworfen, die bewaffneten Kräfte jeder Aktionsfähigkeit beraubt.

Damit sollen die generell positiven Gesichtspunkte der Darlegungen Modrows nicht in den Hintergrund gestellt werden. Er greift die Einschätzung des westdeutschen Publizisten Paul Serhe von 1965 auf, dass Pressefreiheit in den kapitalistischen Ländern „die Freiheit von 200 reichen Leuten ist“, fügt hinzu, dass das heute „viel schlimmer“ ist und verweist auf die mediale Legitimierung der NATO-Kriege gegen Jugoslawien. Fühlt sich dabei aber doch bemüßigt, wieder einzublenden, dass es „Angepaßtheit und Uniformiertheit in der Berichterstattung“ auch in der DDR lange Zeit gab. Sicher, das ist richtig, aber da diene es nun nicht der „Vorbereitung und Rechtfertigung militärischer Einsätze und Kriege“. Er vermerkt kritisch, dass der Beitritt der DDR zur BRD auf der Grundlage des GG als eines „Provisoriums“, das keine Verfassung war, erfolgte, während in der DDR 1964 eine Verfassung, die vorher „in tausenden Versammlungen“ diskutiert wurde, angenommen wurde. E soll dahin gestellt bleiben, ob es illusorisch ist, anzunehmen, in der BRD könnte heute, wie Modrow andenkt, „eine Verfassungsdebatte“ angestoßen werden, und in einem solchen Prozess, sich zeigen würde „wie demokratisch diese Bundesrepublik wirklich ist“. Eine Seite später kommt er der Sache schon näher, wenn er festhält, dass es in dieser Bundesrepublik „unvorstellbar“ (ist), dass „die Belegschaften der Betriebe sich an gesellschaftlichen Debatten beteiligen dürfen, obwohl sie davon betroffen sind“. Er vergisst, hinzufügen, dass das in den Volkseigenen Betrieben (VEB) der DDR gang und gebe war, enthüllt aber, dass es nach der „Wende“ eine hemmungslose Zunahme sozialer Ausbeutung und Unterdrückung in

Westdeutschland gab, es diese Erscheinungen, solange die DDR bestand, „nicht gab“, die Gewerkschaften im Westen in ihren Auseinandersetzungen mit den Unternehmern verdeckt oder offen auf soziale Standards in der DDR verweisen“ konnten, was „häufig nicht ohne Wirkung geblieben“ sei und die DDR mit ihren „sozialen Leistungen“ auch „in das Bundesgebiet“ wirkte. „Welche Urteile es auch immer über den realen Sozialismus gibt, er hat den brutalsten Formen kapitalistischer Ausbeutung Grenzen gesetzt – und das gilt nicht nur für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten“, so Modrow weiter, der fortfährt: „Die schon von Marx gestellte Frage nach Platz und Rolle des Eigentums war und bleibt die Kernfrage gesellschaftlicher Entwicklung. Eine soziale und gerechte Gesellschaft braucht ein gesellschaftliches Eigentum, auf dessen Grundlage soziale Gerechtigkeit gestaltbar ist“. Und er kontert auch, „notwendig ist zunächst eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse und dann steht die Frage ihrer Kontrolle an“. Das ist schon eine grundsätzliche Abkehr von opportunistischen Positionen, wie sie Gysi und seine Anhänger weiter vertreten.

Modrow geht auf brennende Fragen der vom Imperialismus geschürten Kriegsgefahr ein. Er konstatiert, dass es „die zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion - zwischen NATO und Warschauer Vertrag – überschaubar geteilte Welt“ heute „so nicht mehr“ gibt. Dass die angefügte Wertung, dass die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder besonders an dem von den USA angezettelten Wettrüsten „wirtschaftlich zerbrochen sind“, von anderen Ursachen ablenkt, soll hier dahin gestellt bleiben. Er enthüllt das Weltherrschaftsstreben der USA und das der die EU dominierenden BRD, so am Beispiel der Haltung gegenüber Rußland und der Einflussnahme auf die Entwicklung in der Ukraine, wo „der Faschismus zum ersten Mal seit 1945 in Europa ganz offen wieder als Option in Erscheinung getreten“ ist und „das Rußlandfeindbild“ neue Impulse“ erhält. Er bejaht nicht nur die Gefahr der zunehmenden „Aggressivität des Imperialismus, über 100 Jahre nach Beginn des ersten und rund 75 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges“, sondern befürchtet „ihren Ausbruch“. Richtig vermerkt Modrow, dass bei der Hervorhebung der Rolle Russlands seit dem Amtsantritt Putins bei der Zurückdrängung des Einflusses der USA dessen Bestrebungen „nicht auf eine Stärkung der Linksentwicklung“ gerichtet sind. Ausführlich befasst sich Modrow mit der Frage, ob Kuba sich mit den vielfältigen Maßnahmen bis zum klug und rechtzeitig eingeleiteten Generationswechsel in der Führung gegen den Aggressionskurs der USA behaupten wird. Dabei fällt, wie schon erwähnt, auf, dass er mit keinem Wort darauf eingeht, dass der entscheidende Faktor ist und bleibt, die führende Rolle der kommunistischen Partei in diesem Prozess zu sichern. Dasselbe trifft auf China wie auch Vietnam zu.

Summa summarum kann man aber am Ende dieser Recherche nur begrüßen, dass Hans Modrow diesen Weg des Nachdenkens und Korrigierens einschlägt und wünschen, dass er ihn weiter geht, tiefer schürft und damit dazu beiträgt, dass dem in seiner Partei vorherrschenden Rechtskurs Einhalt geboten wird und die Linken Auftrieb erhalten.

## Anhang

Publikationen des Autors (eine kurze Auswahl)

- Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien. PapyRossa, Köln 2002
- Aldo Moro und das Bündnis von Christdemokraten und Kommunisten im Italien der 70er Jahre. Aldo Moro gewidmet. Neue Impulse, Essen 2003.
- Zusammen mit Irene Feldbauer: Sieg in Saigon. Erinnerungen an Vietnam. Pahl Rugenstein Nachf., Bonn 2005, 2. Aufl. 2006.
- Die Recherchen des Commissario Pallotta. Warum Aldo Moro sterben musste. Eine Kriminalerzählung nach Tatsachen. Erich Weinert-Bibliothek der DKP Berlin, 1/2011.
- Vietnamkrieg, PapyRossa, Köln 2013, 2. Auflage 2019.
- Die Resistenza. Italien im II. Weltkrieg. PapyRossa, Köln 2014.
- Geschichte Italiens. Vom Risorgimento bis heute. PapyRossa, Köln 2008, erweiterte und fortgeschriebene Auflage 2015.
- Umbruchsjahre in Italien. Als Auslandskorrespondent in Rom 1973 bis 1979, PapyRossa, Köln 2019.

In der Reihe „Konsequent“ erschienen

- Krieg. Das deutsche Kapital führt ihn wieder. Weltweit. Die Bundeswehr wurde seit ihrer Geburt darauf vorbereitet, Heft 1/2010.
- Compromesso storico. Der Historische Kompromiss der IKP und die heutige Krise der Linken, Heft 2/2013.
- Die Niederlage der Linken in Italien und der Renegat Napolitano, Heft 1/2015.
- Die Strategie Palmiro Togliattis während und nach der Befreiung Italiens vom Faschismus, Heft 1/2018.